

...herangezogen
...rger sind, ver-
...Eingeborenen
...ungeheuerliche
...Schamane, die
...dieser Verord-
...tlichen Grund-
...ung mit Fern-
...hriftlichkeit.
...in diesem Tone
...hen. Ich habe
...ste mit weitere
...ob ich noch von
...n kann
...schmachvoll, von
...t selbst erklärt,
...ihm noch einmal
...begehörige, die
...der Ehe leben,
...ie sich das mit
...chudmann jagte:
...Standesregister
...sein. Ich meine
...heiterer wollen,
...eist es: das gibt
...die Frage, wie
...scheidung in Ein-
...Erzberger rufte:
...Davon habe ich
...ganz allgemein
...wäre mir lieber,
...in dieje
...br gut! bei den
...tsleiter so ge-
...alle einig, daß
...Eingeborenen
...gern, so treiben
...das Kontinuität
...ständig ist, wie
...neinem Christen
...den Soj.)
...mit nach Süh-
...und Noße an,
...gehalt. Die so
...umund wurden
...lebner die an-
...Sturm. Weiter-
...Noße riefen,
...deshalb Herr
...Christliche Jün-
...§ 17 F seiner
...zu begründen,
...in das Kon-
...t und Sehr gut!

...nden Ausländer
...Deutschchen steh
...1900 Engländer,
...nem Konflikt mit
...eiben, die mehr
...auch der Eing-
...a Gedanken der
...in sehr ang-
...achen im Zit.)
...der Vereidigung

...daß beim Bahn-
...ndische Arbeiter,
...bei der W. G.
...reiter wurden
...Schwarzen aus-
...überhäuften
...beitslohe! Die
...den Herren recht
...den Soj.)
...amm erhebe ich,
...nachdrücklich zur
...udgetkommission

...Samoa und des
...unwesentlicher
...en ergreift das

...nalen Zeitschrift
...ausgeführt, daß
...he, daß aber die
...den Böglingen,
...i. Dieses und
...hört! bei den
...ident dort be-
...durchfahrt für-
...nicht hält, wer-
...gestellt. Spät-
...ung illustriert
...hars von den
...den Kolonien
...onialisches be-
...und fügt den
...Nachteile zu.

...nicht nur rüden-
...Beante. Die

...alektats bei un-
...Postetat in
...sprech-
...sekreterat

...alter Böpfe in
...ännlichen Geist
...Einschränkung
...um stimmt der
...ndigen an, be-
...bezeichnung an

...mit Vertretern
...und des Hand-
...Anerkennung
...enden Mehrheit
...u teure An-
...telnahme, doch
...r Unternehm-
...einen gerechten
...nen genommen
...t sich nicht ver-
...gen, ob bessere
...daß die Herren
...Wünche zurück-
...ausstellen. So
...gung gelangen.

...auf Donnerstag

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen:
1,80 M. vierteljährlich inklusive
Bestellgeld.
Eingelassener 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.



Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Infektionspreis
für die einpaltige Beilage oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Infusions-Annahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere
Infusionen müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag von
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“

A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Nr. 54.

Bielefeld, Freitag, 5. März 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Zur Reichsfinanzreform.

1a. Berlin, 4. März. Die heutige Sitzung der Steuer-
kommission hat insofern das unüberwindliche Dunkel ein wenig
gelichtet, als nunmehr feststeht, daß der Vorschlag die Finanzvorlage
macht, und zwar auf der Grundlage der vor uns gestern mit-
geteilten Kompromißvorlage.

Die Anträge Gerold wurden von der Kommission abgelehnt,
der Kompromißvorschlag von den Blockvertretern angenommen.
Das Zentrum stimmte in der Schlussabstimmung gegen das
Kompromiß. Die Warnung der „Kreuzzeitung“ an die Libe-
ralen hat scheint's gefruchtet, wenigstens ist von einem Widerstand
der Freisinnigen nichts mehr zu vernehmen.

Es soll nunmehr die Tabaksteuervorlage beraten werden; man
will in der Kommission die Vandalensteuer ablehnen und eine
Subkommission beauftragen, über eine andere Form der Be-
steuerung zu beraten.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt noch zur Situation:
München, 4. März. Hier hält die Regierung und die
führenden Kreise der Finanzwelt, der Industrie und des Handels
nach wie vor an der Nachschärfung für das Reich entschieden fest.
In diesem Sinne ist auch die Rede des Ministerpräsidenten
Frhrn. v. Koller in dem ersten bayerischen Handelsstammes-
tag über die Reichsfinanzreform aufzufassen. Wie andere Bun-
desstaaten, so befürchtet auch Bayern bei einer anderen Be-
steuerung eine gefährliche Unsicherheit für die einzelstaatliche Budget-
gebarung, die dem föderativen Charakter des Deutschen Reiches
nicht entspreche.

Kaisermanöver 1909.

Die offizielle Korrespondenz Hoffmann hat also, der Not ge-
horchend, nicht dem eigenen Reich, wegen der geplanten Kaiserman-
över auch das Wort ergriffen. Nebenbei bemerkt: Dieser
wäre es gewesen, wenn sie vorher die deutsche Grammatik er-
griffen hätte, denn ihre Ausführungen waren teilweise im reinen
Karlchen Deutsch abgefaßt.

Und der Zweck? Mein Gott, es könnte einem angst und
bang werden, wenn man bedenkt, daß diese an dem, jedes höheren
geistigen Schwanges entbehrenden Betrachtungen im bayerischen
Kriegsministerium oder im bayerischen Generalstab entstanden
oder höchstwahrscheinlich sogar von einem hohen Offizier ver-
faßt worden sind. Die Ausführungen der Korrespondenz Hoff-
mann rangieren ja noch weit hinter dem gewöhnlich noch nicht im-
ponierenden, seinerzeit vielgenannten Artikel des Grafen
Schlieffen.

Der Trick der Korrespondenz, große Truppenmanöver über-
haupt und die Kaisermanöver in einen Topf zu werfen, verdient
vor allem die gebührende Festlegung. Jeder vernünftige Mensch
wird zugeben, daß große Manöver einen gewissen militärischen
Wert haben können. Aber andererseits ist der Nachweis, daß in
den im Deutschen Reich üblichen Kaisermanövern militärische
Phantasieereien und Schaustellungen eine große Rolle spielen,
mit Leichtigkeit zu führen. Diese Erscheinung ist ja so bekannt,
daß man sich schämt, einzelne Belege dafür anzuführen. Ueber-
fälle in manchen Nächten, von den Zeitungen vorher annon-
cierte Kavallerieangriffe, die noch dazu glücken, Kavallerie-
angriffe gegen die Front eines nicht nur unergründeten, sondern
sogar feiglichen Gegners usw. sind militärische Delikatessen, die
nur während der Kaisermanöver serviert werden. Wenn Volk
und Wehr sich auf G. und solcher Erfahrungen wehren, für
derartige militärische Theaterstücke Sonderausgaben zu bezahlen,
so sind sie vollkommen im Recht. Daß die höheren und höchsten
bayerischen Offiziere für die Kaisermanöver begeistert sind, ist
freilich verständlich, denn sie erhalten dabei preussische Krieger-
preußische Kronenorden und anderen Indizien, und aus der
Schablone der „Kultur“. Der in die ewigen Parabelmar-
schen des Großen Geistes abgegangene Wahrheitsfreund Frhr.
v. Aich heimte z. B. aus Anlaß der bayerischen Kaisermanöver
1897 nicht weniger als fünf Großkreuze ein. Und diesmal
prophezeien wir dem Freiherrn v. Horn, daß er mindestens drei
neue Großkreuze (ein preussisches, ein württembergisches und
ein badiisches) zur Hölle seiner teutschen Brust bekommen wird.

Selbst wenn die Kaisermanöver von überflüssigen kostspieligen
Festlichkeiten frei wären, so würde ihr militärischer Wert dennoch
keineswegs so groß sein wie ihn die Korrespondenz Hoffmann
schildert. Manöver mögen noch so kriegsmäßig angelegt und
durchgeführt werden: das ausschlaggebende und schreckliche Mo-
ment des Krieges, die verberbernde Männermordende
Kugel, fehlt. Die Kämpfer können noch leichter heldenhaft sein
als Willies und Siegfried, die wenigstens an einer bestimmten
Stelle ihres Körpers verwundbar waren. Das wird namentlich
vor der Kavallerie bei der Reorganisation ausgiebig benutzt,
so jeder Parteiführer über die Gegenpartei ohne Schwierig-
keit so ziemlich alles erzählt. Während der Kaisermanöver in
der Gegend von Bressan passierte es, wie Oberst Gölde be-
richtete, sogar, daß Kavalleriepatrouillen auf eine Entfernung
von 50 Metern an feindlichen Schanzen läßt vorbereiten.
Und weil den Führern die Nachrichten über den Gegen-
stand, so leicht unkommen, bleibt ihnen die große Verantwortung,
die die Unmöglichkeit im Kriege verursacht, und die sehr leicht auf
die Unmöglichkeit läßt einwirken, erspart. Ob der Um-
stand, daß die höheren Führer durch die Manöver daran gewöh-
nen, Meldungen, die sie im Ernstfälle „ar nicht oder erst nach
langem aufregenden Warten erhalten würden, im Handumdrehen
zu empfangen, im Kriege sich nicht sehr unangenehm fühlbar
machen wird, ist fraglich. Nur zu leicht kann sich durch die
Manöver in einer Armee ein Melde- und Befehlsmangel ein-
bürgern, der im Kriege gar nicht zu gebrauchen ist.

Was die Behauptung der Korrespondenz Hoffmann anbelangt,
daß die Kaiserarmeen im Kriege nur dann ihren Platz ausfüllen
können, wenn sie schon im Frieden große Truppenmassen geführt
haben, so verweisen wir einfach auf die Kriege von 1866 und
1870. Möchte ich die Schlachten von Königgrätz, St. Privat-

Gravelotte und Sedan siegreich und hat vorher im Manöver
keine zehntausend Mann befehligt. Und haben nicht auch die
preussischen Armeeführer von 1866 und ihre Generalstabschefs
ihre Aufgabe gut erfüllt, ohne ihre strategischen Fähigkeiten
vorher in großen Manövern geübt zu haben?

Nur bei großen Manövern können die so wichtigen mo-
dernen Nachrichten- und Verkehrsmittel in kriegsgemäßer Weise
eingesetzt und erprobt werden!“, sagt die Korrespondenz Hoff-
mann geleitet. Zur Prüfung der Funktionstüchtigkeit eines
größeren Telegraphen- oder Telephonnetzes, mag es nun dauernd
oder vorübergehend angelegt sein, sind aber keine großen Ma-
növer nötig. Dazu genügen einige Duzent telegraphier- und
telephonkundiger Männer. Und den Eisenbahnverwaltungen,
die im Sommer an manchen Sonntagen 60 000 Menschen und
mehr von einem einzigen Ort aus ohne vorherige Anmeldung
befördern können, wird auch ohne Kaisermanöver ein Transport
von 100 000 Mann, der ihnen schon Tage vorher angekündigt
worden ist, gelingen. Darüber, daß man keine Kaisermanöver
benötigt, um Fesselballons und lenkbare Luftschiffe zu erproben,
braucht man nicht viele Worte zu verlieren. Das Hauptfunk-
tionstüchtigkeit besteht darin, daß die Inflation des Ballons sich reich in der
unter ihnen liegenden Gegend orientieren, damit sie die An-
näherung feindlicher Truppenteile richtig melden können. Ob
in dieser Gegend eine Inflationseidivision oder sechs herum-
marschieren, ist nebensächlich, denn wer eine Inflationseidivision
aus dem Ballon abjagen kann, kann auch jedes abjagen, vor-
ausgesetzt, daß das Tageslicht so lange währt.

Die Korrespondenz Hoffmann erklärt ferner feierlich, daß
selbst der jogen. gemeine Soldat in den Kaisermanövern viel
lerne, denn im großen Krieg währe der Schuppenlampf Stunden
und Tage. Es ist zwar so, daß die Truppen in den Kaiserman-
övern unermüdlich angestrengt werden, aber Tag und Nacht
hat man sie bisher noch nicht ununterbrochen loslassen lassen.
Und selbst wenn die Zeitdauer der Manöver ähnlich gestaltet
würde, wie jene der großen Kämpfe im Kriege, so würden den-
noch die fürstbaren Einbrüche, die Aufregung fehlen. Die
Soldaten und ein erschütterter Teil der Offiziere würden nur
über die blödsinnige Schinderei, die kein Ende nehmen will,
schimpfen und nebenbei steinmüde werden.

Einen ganz besonderen Vorzug der Kaisermanöver sieht die
Korrespondenz Hoffmann darin, daß der Soldat dabei großen
Entbehrungen ausgesetzt wird. Im Lande des Brots- und
Fleischwunders, wo für viele Proletarier Hunde, Katzen- und
Fischfleisch Sonntagsbraten vorkommen, wo in jedem Winter
Hunderttausende arbeitslos sind, braucht man wirklich nicht
erst Kaisermanöver, um einen großen Hunger zu bekämpfen
zu machen, was man unter Hunger versteht. Und was hilft es
für den Krieger, wenn vor den Soldaten die gewöhnlich ge-
nügung oder reichliche Nahrung haben, mehrere Tausend im
Frieden einmal ein paar Tage hungern müssen und dann wieder
zu ihrer alten Lebensweise zurückkehren? Gewiss ist es mit den
Anstrengungen. Wird mobilisiert, so werden sich selbst in den
Feldherren der vordersten Linie einige hunderttausend Mann be-
finden, die an große Märsche in kriegsmäßiger Ausrüstung nicht
mehr gewöhnt sind. Daß solche Leute sich schneller einmar-
schieren werden, wenn sie zwei oder drei Jahre vorher anläßlich
einer Kaisermanövers an zwei oder drei Tagen bis zur Erschöpfung
marchieren mußten, glaubt niemand.

Allerdings muß der Soldat körperlich gestärkt werden; aber
deswegen ist es nicht nötig, ihn 50-60 Kilometer marschieren
zu lassen und dann noch ein Gesicht abholieren zu lassen. Für solche
Experimente ist die Gesundheit des Mannes, dessen eigentlicher
Verzehr außerhalb der Kaserne liegt, zu kostbar.

Uebrigens weis man zur Genüge, daß mit den Kaiserman-
övern 1909 von Preußen ein politischer Zweck verfolgt
wird. Sie stellen einen weiteren Schritt zur Eskamotage der
bayerischen Selbständigkeit vor. Seit neuestem vergeht kein
Jahr mehr ohne daß bayerische Truppenteile zu Kaisermanövern
herangezogen werden. Diesmal wird gleich die ganze bayerische
Armee aus dem Lande geholt. Und die bayerische Regierung
sagen dazu nicht nur Ja und Amen, sondern sie verteidigen die
preussische Manipulation höchstselbst in einer offiziellen Korre-
spondenz. Mehr Unterwürfigkeit kann man in Berlin nicht be-
langen.

Natürlich macht man in München zu dem Aufgepfiffenwerden
auf friedlichem Wege die Faust in der Tasche und verflucht
die Stunde, in der man 1891 die ersten bayerischen Kaiserman-
över selbst inszenierte, nur damit Prinz Leopold deutscher
Generalinspektor werden konnte. Aber es hilft den Herrschaften
nichts. Sie sind in der Lage des Goethe'schen Zauberknechtes,
der verzweifelt jammert:

„Die ich rief, die Geister,
Werd ich nun nicht los.“
(R. K. in der „Münch. Post“.)

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Witwen- und Waisenversicherung. Dem Bundesrat soll
wie bereits gemeldet, nächstens ein Gesetzentwurf zugehen, der die
Aufhebung des § 15 des Sozialversicherungsgesetzes fordert. Dieser Para-
graph bestimmt, daß die Mehreinnahmen aus dem Getreidezoll
und einigen anderen Zöllen als Fonds für die Witwen- und
Waisenversicherung angeammelt werden muß. Die Regierung
will dafür die Witwen- und Waisenversicherung, weil die Ein-
nahme aus den Zöllen schwankend ist, auf einen Reichsaufschlag
stützen. Damit würde das bisher angeammelte Geld von der
Regierung zu anderen Zwecken verwendet werden können. Die
Witwen- und Waisenversicherung sollte nach dem Sozialgesetz
am 1. April 1910 in Kraft treten. Daran scheint nun allerdings
nicht zu denken zu sein. Und ob die Mittel für den Reichsaufschlag
bei der jetzigen Finanznot beschafft werden können, ist sehr
fraglich. Das Fazit der Gesetzesvorlage wäre also: Die Re-
gierung kann über das angeammelte Geld verfügen und die
Witwen- und Waisenversicherung wird auf die lange Bank ge-
schoben.

**Ki. Das Marokkoabkommen und der Latendrang der deutsch-
französischen Bankgruppe.** Wie die „Post“ Zeitung aus zuver-
lässiger Quelle erfahren haben will, ist aus Kreisen, die der
neuen deutsch-französischen Bankgruppe nahesteht, schon über-
schneell der Versuch unternommen worden, die Bagdabaha-
obligationen zur offiziellen Kursnotierung in Paris zu bringen.
Auf eine Anfrage erfolgte ein ablehnender Bescheid, weil die
französische Regierung den Schein vermeiden will, als enthielte

das Marokkoabkommen irgendwelche finanzielle oder wirtschaft-
liche Konzessionen. Die Verhandlungen wurden nicht offiziell
geführt. In den maßgebenden französischen Kreisen soll die Ent-
scheidung, das neue deutsch-französische Marokkoabkommen vori-
stlich auszunutzen, verstimmt haben.

Robbielstis Abschied. Rob, der erst lehtlin durch seine ur-
wüchsig Ausdruckweise in verschiedenen Teilen Deutschlands
die Araber in helle Begeisterung versetzte, will völlig aus dem
öffentlichen Leben scheiden. In einer Verammlung des Bundes
der Landwirte in Westpreignitz erklärte er, daß er sich gänzlich
vom politischen Leben zurückziehen wolle. — Worauf dieser plötz-
liche Verzicht zurückzuführen ist, ist nicht bekannt. Noch auf der
letzten Virtus-Lied-Parade ließ Robbielstis nichts von politischer
Müdigkeit merken.

Rob scheint sich in seiner neuen Stellung als junger Mann
des Herrn Rathenau so wohl zu fühlen, daß er jetzt auf die
Politik gut verzichten kann.

Aus dem Reichstag.

Die Budgetkommission begann am Mittwoch vor-
mittag die Beratung des Militäretats. Der Kriegsminister
v. Einem machte zunächst vertrauliche Mitteilungen. Daran
schloß sich eine lange Diskussion über die Rationen, Verbe-
geld und Stallverord. Es wurde von einem Mitgliede der
Kommission festgestellt, daß nur 65 Prozent der Pferde, für die
Rationen geleistet, gehalten werden. Der Kriegsminister stellte
für das nächste Jahr eine Vorlage in Aussicht, die die ganze
Materie neuzeitlich regeln sollte. Abg. Graf Oriola fragte an,
wie es mit den Generalen stehe, die Automobile zur Verfügung
gestellt bekommen. Oberst Wandel erklärte, daß die Automobile
dienstlichen Zwecken zur Verfügung gestellt würden. Abg.
Gothein regt an, den Offizieren die Pferde von der Verwaltung
aus zu stellen und auch in eigener Regie zu verpflegen. Bei den
Generalen, denen Automobile zur Verfügung gestellt würden,
könnten doch auch alle Fälle Verberationen gepakt werden.
Der Kriegsminister bestritt, daß der Vordruck des Abg.
Gothein eine Verbilligung zur Folge haben würde. Durch die
Automobile der Generale würden Pferde nicht gepakt. Der
Präsident des Reichsmilitärgerichts — so wurde in der Kom-
mission festgestellt — habe keinerlei Felddienst zu tun, beziehe
aber trotzdem Rationen für 6 Pferde. Mit diesem Zustand soll
bei der Neuordnung, die der Kriegsminister in Aussicht gestellt
hat, gebrochen werden. Ein Abgeordneter regt die Schaffung
einer Zwangsversicherung für Offizierspferde unter Leitung
eines Staatszuchtwes an. Dielem Vorschlage trat der Kriegs-
minister entgegen. — In einer weiteren Szene kam es, als bei der
Forderung von zwei Bureaubeamten festgestellt wird, daß die
kolonialverwaltung sich für die gleichen Kosten bereits zwei
Beamtinnen hat bewilligen lassen. Unter großer Heiterkeit wird
in der Kommission allgemein zum Ausdruck gebracht, daß die
der kolonialverwaltung bewilligten zwei Beamtinnen namentlich wie-
der geschrien werden müßten. — Auf einen Wunsch den Druck-
vertrag mit der Firma Mittler u. Sohn baldigst zu lösen, erklärt
ein Vertreter der Militärverwaltung, daß ein Monopol nicht
bestehen und die der Militärverwaltung berechneten Preise nicht
zu hoch seien.

Die Viehsteuereinkommisse hat Mittwoch vor-
mittag die 2. Lesung des Gesetzes betreffend die Befämpfung der
Viehseuchen beendet. — Zu lebhaftesten Auseinandersetzungen
kam es noch einmal bei den §§ 19 und 44a. In diesen Para-
graphen sind die Sperr-Maßregeln stipuliert. Gegen die Be-
stimmungen, daß nicht nur die Ställe, Höfe, sondern auch die
„Gebötte“ für jeden Personenverkehr sollen gesperrt werden
können, wandten sich unsere Genossen in entschiedener Weise.
Unter „Gebötte“ versteht man den ganzen Besitz, also auch die
Wohnhäuser. In diesen letzteren befinden sich aber vielfach auf
dem Lande Wirtschaften, die zu politischen Versammlungen be-
nutzt werden können. Auf Grund der fraglichen Bestimmungen
des Viehseuchengesetzes würde jeder Bürgermeister in die Lage
versetzt, alle ihm mißliebigen Versammlungen zu unterbinden.
Selbstverständlich lehnte die agrarische Mehrheit der Kommission
die Streichung des Wortes „Gebötte“ ab. Sie akzeptierte damit
die Ausmerzung des bayerischen Zentrums „Bauern“ Freiherrn
von Zetten, der offen ausgeprochen hatte, daß es kein Unglück
sei, wenn eine Anzahl sozialdemokratischer Versammlungen nicht
stattfände. — Es schwebt jetzt nur noch eine Differenz zwischen
der Kommissionmehrheit und den verbündeten Regierungen:
Die Einsetzung einer Laien-Kommission. Um Zeit zu gewinnen
über diese Frage zu gewinnen, soll der in Betracht kommende
Paragrah in der nächsten Woche einer dritten Lesung unter-
worfen werden. — Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen,
daß das Viehseuchengesetz mit seinen vielen unübersehbaren,
die Volksernährung bedrohenden Bestimmungen demnächst Gesetz
werden wird.

Zum Konflikt auf der Balkanhalbinsel.

Gestern war wieder alles voll von Krieg und Kriegsgeheimen.
Die Junst der Diplomaten hat ja ein Interesse daran, dem
Publikum einzureden, daß sie eine ungeheure Tätigkeit entfalten
und ohne diese das Kriegsglück über die Menschheit herein-
brechen würde. Das gerade Gegenteil ist bekanntlich der Fall.
Heute steht nun fest, daß Serbien, wenn es auch noch einige
Winkelmüge verjagt, nachgeben wird. Dies wird in folgender
Nachricht aus Wien angekündigt:

Wien, 4. März. Auf dem hiesigen Auswärtigen Amte
wurde heute abend folgendes mitgeteilt: Wir halten die günsti-
gen Nachrichten für die richtigen. Wohl besitzen wir noch nicht
den Wortlaut der serbischen Note und von diesem Wortlaut wird
es abhängen, ob wir die heutige Erklärung auch nur für einen
Teil der bisher geübten Verschleppungsstatik halten müssen, auf
die wir uns unter keinen Umständen einlassen, oder aber, ob
von einer Annäherung an unseren Standpunkt geredet werden
kann, die wir mit sofortiger Einleitung von Verhandlungen über
wirtschaftliche Aufschauungen beantworten würden. Selbstver-
ständlich erwarten wir zuvor noch eine direkte Mitteilung. Ge-
rade nach den Erfahrungen der jüngsten Tage aber wird es
flugs sein, das endgültige Ergebnis der Verhandlungen abzu-
warten, bevor man über die Lage im ganzen urteilt. Fest steht
bisher nur eins: Wenn die Gefahr für den Frieden wirklich
gebannt ist, so ist das nur der Fall dank der unerschütterlichen
Einigkeit der deutschen und österreichisch-ungarischen Diploma-
tie, die allen durchsichtigen Bemühungen, sie auseinander zu
manövrieren, kalten Wassers widerstanden haben.

Die Weidraufsche war natürlich ebenso unnötig wie un-
verdient. Es hätte einer ungewöhnlichen Ungeschicklichkeit be-

Belgrad, 4. März. Gestern wurde im Auschuß für Nationalverteidigung mitgeteilt, daß König Peter sofort nach der Lösung der Frage mit Oesterreich-Ungarn abhandeln, und daß Kronprinz Georg den Thron besteiigen werde. Kronprinz Georg richtete hierauf an den Auschuß für Nationalverteidigung das Ersuchen, sich ruhig und gemäßigt zu verhalten und die Agitationen bloß insoweit fortzusetzen, da er seinem Vater und der Regierung das Versprechen gegeben habe, sich ruhig zu verhalten.

ae. Der geschäftskundige König, Leopold II. hat es stets verstanden, seine kleinen Privatschätze mit denen des Staates zu vergrößern und hat daraus seinen Vorteil gezogen. Mannte man ihn bisher wegen seiner angeblichen Besessungen am Kong. den „Aristokrat“, so hat er sich jetzt den Beinamen „Der Arist.“ verdient. Der smarte Geschäftsmann auf dem Königsstern hat sich nämlich schon vor 7 Jahren die Konzession auf umfangreiche Landereien in Tientsin zu verschaffen gewünscht. Die Konzession wurde durch einen diplomatischen Akt einer belgischen Kapitalisten-Gesellschaft verliehen, deren Leitung sich ihrer belgischen Kapitänen Leopolds befand. Das Parlament wurde dabei nicht befragt, obwohl der belgische Staat es war, der die Souveränität über dieses Stück chinesischen Territorium ausübte, und dem in einem Konfliktsfalle die Verantwortung zugefallen wäre. Die militärische Belagerung, die Belgien, wie die übrigen europäischen Länder, in der chinesischen Hauptstadt unter: äßt, hat unter anderem auch die Aufgabe, die „Ordnung“ auf dem belgischen Territorium aufrecht zu erhalten. Erst vor wenigen Wochen wurde eine Abteilung Soldaten von der belgischen Belagerung in Peking nach Tientsin dirigiert, weil dort Unruhen ausgebrochen waren. Diese hatten ihre Ursachen in dem dort bestehenden chinesischen Zivillandesehst.

Kommunales.

d. Von der Westfälischen Landgemeindeordnung. Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahlen zur Gemeindevertretung sind innerhalb zwei Wochen nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses beim Gemeindevorsteher anzubringen. Bei Gemeinden, welche ihre Bekanntmachungen durch die Zeitungen vornehmen, zählt die Frist von zwei Wochen vom Tage dieser Bekanntmachung an.

Die Entscheidung der Gemeindeversammlung kann nur auf Billigkeit oder Ungiltigkeit der Wahl lauten. Erklärt sie eine Wahl für ungiltig, so kann sie nicht etwa gleichzeitig diejenige Person als gewählt erklären, die vielleicht die nachtheiligsten Stimmen erhalten hat. Es hat vielmehr eine Neuwahl stattzufinden. Der Beschluss der Gemeindevertretung, durch welchen die Billigkeit oder Ungiltigkeit einer Wahl ausgesprochen wird, kann mit der Klage angefochten werden. Zur Erhebung der Klage die innerhalb zwei Wochen anzubringen ist, sind be-
rechtigt:

1. diejenigen, deren Beschwerde und Einspruch durch Beschluß der Gemeindeversammlung als unbegründet zurückgewiesen worden ist;
 2. die Gewählten, deren Wahl durch Beschluß der Gemeindeversammlung für ungültig erklärt worden ist;
 3. der Gemeindevorsteher oder Amtmann.
- Die Klage ist beim Kreiszuschusse schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu erklären. In der Klage ist ein bestimmter Antrag zu stellen.

Gegen die Entziehung des Kreisauschusses ist binnen einer Frist von zwei Wochen, von der Aufstellung an gerechnet, Berufung an den Bezirksauschuß zulässig. Die Berufung ist schriftlich anzumelden und zu rechtfertigen.

Wegen das Urtheil des Bezirksausschusses kann die Revision an das Obergerverwaltungsgericht eingelegt werden. Die Anmeldung und Rechtfertigung der Revision hat binnen einer Frist von zwei Wochen, von der Zustellung des Urtheils des Bezirksausschusses an gerechnet, beim Kreis-Ausschusse zu erfolgen.

Die Klage hat keine aufhebende Wirkung. Demnach bleibt der Bescheid der Gemeindevorstellung solange maßgebend, bis er durch eine im Verwaltungstreitverfahren ergangene rechtskräftige Entscheidung außer Kraft gesetzt worden ist. Da die Gemeindevorstellung eine Wahl für gültig erklärt, sind die Gewählten in ihr Amt einzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob gegen den Bescheid die Klage erhoben ist. Ist dagegen von der Gemeindevorstellung eine Wahl für ungültig erklärt, so werden die Gewählten nicht eingeführt. Neuwahlen werden jedoch erst dann vorgenommen werden, wenn auch im Verwaltungstreitverfahren die Ungültigkeit der Wahl anzuzeigen ist.

Die Landgemeinde-Ordnung für die östlichen Provinzen, wie die Westfälische Städte-Ordnung sehen vor, daß die aus-
stehenden Gemeinde- resp. Stadtverordneten, deren Gültigkeits-
dauer abgelaufen ist, solange im Amte bleiben bis die
erwählten eingeführt sind. In der Westfälischen Land-
gemeinde-Ordnung fehlt eine solche Bestimmung und es kann
deshalb vorkommen, daß bei der Amtslosigkeitsverfällung einer
zahl durch die Gemeindeverammlung eine größere Anzahl
unberechtigter Gemeindeglieder bis zur rechtskräftigen
Theilnahme der Anwesenden nicht in der genügenden Weise
der Gemeindeverammlung betheilen ist.

Arbeitslosenzählung. Nach dem amtlichen Ergebnis der von r Staatsverwaltung veranstalteten Arbeitslosenzählung in ressen vom 26. Februar wurden 5472 Personen als arbeitslos mittelt. Davon stieg aber der amtliche Bericht 997 aus nigen Gründen aus, in daß nur 4475 Personen blieben. Davon 2852 Personen länger als ein Vierteljahr arbeitslos, ein oder Teil bis 5 Monate.

Die Arbeitslosen-Zählung wurde in der Weise vorgenommen, daß sich die Arbeitslosen an amtlichen Stellen zu melden hatten. Es ist selbstverständlich, daß dadurch viel Arbeitslose abgehoben worden sind, sich zu melden, in daß das Resultat in seinem Verhältniß zur wirklichen Arbeitslosigkeit steht.

Der amtliche Bericht zeigt deutlich das Bestreben, die Ur-

Die Armeezulendautur und die Tariflausei. Bei Gelegen-
heit der Vorgebung der Bedingungen für die Vorgebung
städtischer Arbeiten beantragten die sozialdemokratischen Ver-
treter in der Stadtorboreiendarmung K o t h e n o w s die
Aufnahme folgender Bedingung: „Der submittierten Unter-
nehmer ist verpflichtet, den bei Ausführung der zu vergebenden
Arbeit beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen mindestens diejen-
igen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren, die in dem
betreffenden Gewerbe tariflich in Kraft sind.“ — Der Antrag
wurde mit der Vorlage an die Bau-Deputation zurückverwiesen.
Es geht über die Vergütung der Arbeiten für einen von der
Stadtgemeinde verlaglich auszuführenden Neubau eines
Stützstellenlos beschlossen werden sollte, erlaubten sich unser
Genossen nach dem Schicksal ihres Antrages. Der Stadtbaurat
gab zur Antwort, daß man noch dabei sei, die Lieferungs-
bedingungen entsprechend umzuarbeiten. Für die vorliegende
Vergütung sei der Antrag übermäßig gegenstandslos, da hier die
Zulendautur die Lieferungsbedingungen vorschreibt. Letztere
enthielten bereits die in dem Antrage geforderten Bedingungen.

Zur Wahlrechtsbewegung in Kiel. Zu Mittwochabend waren von der sozialdemokratischen Partei 3 Protestversammlungen einberufen worden, die alle überfüllt waren. 2 Versammlungen wurden polizeilich abgeperrt; insgesamt haben wohl 7- bis 8000 Personen an den Versammlungen teilgenommen. Redner waren die sozialdemokratischen Stadtverordneten, die hark den geplanten Wahlrechtsraub kritisierten. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die es als Widerfinn und Schande erlöst, in dem Augenblicke das Dreiklassenwahlrecht in einer Stadt einzuführen, in der sich das preussische Volk mit Macht gegen die Dreiklassenherrschaft erhebt. Die Resolution soll den Stadtverordneten und dem Magistrat zugestellt werden. — Sämtliche Polizeimächte in der Nähe der Versammlungstorte waren mit außergewöhnlich stark bewaffneten Polizeieinheiten besetzt. Die Polizei beschränkte Straßenemonstrationen. Die Parteileitung hatte jedoch hiervon abgesehen. Die von der städtischen Kollegien gewählte Deputation reist heute nach Berlin und wird morgen vom Minister des Innern empfangen werden. Es ist wenig Aussicht vorhanden, daß sie etwas erreicht. Von den 12 Stadtverordneten, die Mitglieder der freisinnigen Parteiorganisation sind, und die unter Androhung des Ausschlusses zur Ablehnung des Magistratsantrages verpflichtet wurden, sind 8 aus der Organisation ausgeschieden mit der wunderlichen Begründung, sie trieben als Stadtverordnete keine Politik. Diese Herren wollen also nur freie Hand für den Wahlrechtsraub haben.

Es ist nun mit Sicherheit anzunehmen, daß außer den 10 Sozialdemokraten nur noch 4 bürgerliche Stadtverordnete sich als Gegner des Wahlrechtsabtrages denken werden, und daß bei 29 gegenwärtig bestehenden Stadtverordnetenmandaten! Die Entscheidung steht also auf des Meßers Schneide. Spätestens kommenden Montag wird eine Sitzung der städtischen Kollegien stattfinden, in der die Entscheidung fällt.

Bemerkt sei noch, daß die Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag wohl für die Vertagung des Magistratsantrages, aber gegen den Vortgang nach Berlin gestimmt haben.

* Viefelfeld, 5. März.
Die „Weftfälifche Zeitung“ und die Volkswirt-
fchaft oder die Ean und die Bibel.

Die „Westfälische Zeitung“ schwafelt wieder einmal über Sachen, von denen sie keine Ahnung hat, was wir gewohnt sind. Es ist ja auch gar nicht anders möglich, denn von wozu vertheilen die „Westfälische Zeitung“ etwas? Der Abwechselung halber bringt sie diesmal einen Artikel, der sich in folgender „geistvoller“ Weise mit der Verteilung des Gewinns der Dresdener Konjunkturvereine befaßt. Der Artikel lautet:

Worte und Taten.

Die sozialdemokratischen Blätter pflegen großen Lärm zu schlagen über die zu hohen „wunderbaren Gewinne“ der gesellschaftlichen Großbetriebe. Das ist jedoch nichts als Heuchelei. Denn die Sozialdemokratie verbreitet in ihren eigenen Reihen die tröstliche „kapitalistische Ausbeutung“. Belebende Aufschlüsse darüber enthält die „Verarbeiter-Zeitung“, welche in ihrer Nr. 2 von 1909 einen Geschäftsbericht der vier „Dresdener Konsumvereine“ veröffentlicht. Diese vier Konsumvereine sind sozialdemokratisch und bestehen zu 90 v. H. aus Arbeitern. Der Umsatz der vier Konsumvereine betrug im abgelaufenen Geschäftsjahre 14 012 343 Mark. Der Reingewinn betrug 1 335 535 Mark, das heißt 10½ v. H. Mit welchem Betriebskapital die genannten vier Konsumvereine arbeitsfähig sind, ist in dem Geschäftsbericht. Man kann es jedoch schätzungsweise feststellen aus der Zahl der Mitglieder, die 44 053 für alle vier Vereine zusammen betrug, und dem Geschäftsanteil, der für jedes Mitglied auf 30 Mark festgelegt ist. Angenommen, die Geschäftsanteile seien alle voll gezahlt, so ergibt sich ein Betriebskapital von 1 321 590 Mark. Wahrscheinlich aber sind die Geschäftsanteile nicht alle voll gezahlt. Es ergibt sich also: Bei der Annahme der vollengezählten Anteile ist der Gewinn größer als das gesamte Betriebskapital, er beträgt nämlich 101 vom Hundert. Tatsächlich aber wird er sicher noch höher sein, denn daß alle Anteile voll eingezahlt sind, kommt äußerst selten bei der Genossenschaft vor. Die vier Konsumvereine hatten im Jahre 1908 781 Angestellte, welche zusammen 751 342 v. H. Löhne und Gehälter erhielten, also auf den Kopf etwa 1046 Mark. Verteilt man den Reingewinn auf die Angestellten, so entfallen auf jeden 1860 Mark. Nun ist es eine beliebige sozialdemokratische Behauptung, daß der erzielte Gewinn eines Unternehmens immer nur die Arbeitswerte der Betriebsangestellten darstelle. Wäre diese Behauptung richtig, so müßte sie doch von den „Genossen“ zuerst auf die Angestellten der sozialdemokratischen Konsumvereine angewendet werden. Es wären demnach die 781 Angestellten der in Rede stehenden Konsumvereine um je 1260 — 1046 gleich 814 Mark geschädigt worden. Wo sind die 814 Mark geblieben? Welche bürgerlichen Vertriebe arbeiten mit so gewaltigen Gewinnen wie diese vier sozialdemokratischen Konsumvereine? Man sieht wieder einmal, daß bei den Genossen sich Worte und Taten schlecht vertragen.

Dieser Artikel ist voll von Irrthümern und zeigt so recht, mit wie wenig Geist in der „Westfälischen Zeitung“ gearbeitet wird. Wie ungeheuer niedrig muß die Redaktion der „Westfälischen Zeitung“ ihre Leser einschätzen, wenn sie es wagt, ihnen eine Verirrung, von Unsinns triefende Schreiberei vorzusetzen.

Bündacht geht aus dem Artikel hervor, daß der Verfasser vom Handel eines Non-numerens keine blasse Meinung hat. Er bewußt es einen größeren Sinn, als wenn man die Dividende, die ein Konjum rein an seine Mitglieder verteilt, mit der Dividende einer Aktiengesellschaft vergleicht, und sie in Verhältnis zum Grundkapital des Kon-numerens stellt? Der Verfasser des Artikels weiß nicht einmal, daß die sogenannte Dividende eines Teils der für die Waren zahlten Preise. Die Kon-numerere haben das Prinzip, ihre Waren nicht sofort zu verkaufen, als es ihnen bei genauer Berechnung ihrer Einkaufspreise und Unkosten möglich wäre, sondern sie nehmen die ortsüblichen Preise und zahlen am Ende des Jahres den Ueberfluß an die Mitglieder wieder zurück, und zwar verteilen sie ihn im Verhältnis zu dem Wert der Waren, welche das einzelne Mitglied im Laufe des Jahres entnommen hat. Wie sehr unterliegt sich nicht diese Kon-numerensdividende von dem was bei Aktiengesellschaften als Dividende bezeichnet wird? Dort wird der Ueberfluß der Unternehmung

8. Ergebnisse der Untersuchung

Im übrigen, wer die Lehren unserer Theoretiker nicht kennt, der weiß: Sie haben nicht behauptet, daß der Mehrwert, den ein Unternehmer erhält, gerade in dem Betrich erzeugt wird, dessen Inhaber er ist. Sondern der gesamte Arbeiterklasse erzeugt den gesamten Mehrwert, welcher der Kapitalistenklasse zufließt und nach bestimmten Gesetzen, auf die wir hier nicht näher eingehen können, unter sie verteilt wird. Wenn die Unternehmungen, die heute in den Händen der Konsumvereine und privaten Kapitalisten gehören, dann würde allerdings die sogenannte Dividende, welche heute die Mitglieder erhalten, in deren Taschen fließen. Durch die Konsumvereine wird ein Stück Mehrwert den Kapitalisten entzogen — zugunsten der Mitglieder des Konsumvereins. Wer findet das aber? Es sind, das hat ja die „Bessische Zeitung“ selbst erzählt, zu 90 Prozent Arbeiter! Man kann natürlich von der Redaktion der „Bessischen Zeitung“ nicht verlangen, daß sie merkt, wie sich der Artikel widerspricht, indem er einmal von der kapitalistischen Ausbeutung redet und dann ausführt, daß die angeblichen Ausbeuter zu 90 Prozent Arbeiter sind. Würdige die „Bessische Zeitung“ etwa, daß der ganze Ueberdruß der Konsumvereine unter ein paar hundert Angestellte verteilt wird, und so für diese Sinfuren geschaffen werden? Wird es nicht ein jeder halbwegs denkende Mensch richtig finden, daß man den hier den Kapitalisten abgerungenen Mehrwert einer möglichst großen Zahl von Arbeitern zugute kommen läßt?

Wir Sozialdemokraten wünschen ja auch nicht, daß der Reineinnahme A. der Firma Krupp unter die Arbeiter gerade dieser Firma verteilt wird, sondern wir wollen, daß ein immer größerer Teil dessen, was heute den Kapitalisten als Mehrwert in Gestalt von Dividenden, Zins usw. zufließt, der Allgemeinheit zur Verfügung stehen soll.

Wenn wirklich einmal irgendwo die Arbeiter so blödsinnig sein sollten, wie es ihnen die „Rechtliche Zeitung“ empfiehlt und den Reineinnahme eines Konsumvereins unter dessen Angehörige verteilen würden, dann würden wir bald in der „Rechtlichen Zeitung“ lesen, daß sich wieder einmal sozialdemokratische Führer von Arbeitergrößen hätten.

Glücklicherweise ist ein solcher Mangel an Intelligenz bei den Arbeitern nicht vorhanden, so etwas findet man nur in der „Westfälischen Zeitung“.

Man sieht, die „Westfälische Zeitung“ hat mit ihrer Sozialistenbekämpfung nicht viel Glück. Sie hat keine glückliche Hand, würde Lustigst Klagenlagen. Sie tät wohlstet besser sich ausschließlich anderen Aufgaben zu widmen, die ihr besser liegen. z. B. der Schilderung von Kriegervereinsfeiern, Kaisergeburtstagsfeiern und ähnlichem. Aber sie sollte doch nicht immer wieder den vergeblichen Versuch machen, mit ihres Giffes Waffen (?) dem Drachen Sozialdemokratie zu Leibe zu ziehen? Sie erreicht doch damit nur, daß sie ein paar auf ihre Finger bekommt. Will sie denn auch die letzten denken — man verzeihe doch harte Wort — Menschen aus den Reihen ihrer Leser vertreiben, oder nimmt sie auf denfende Leser ihre Rücksicht, weil sie annimmt, daß sich diese jowieo mit Frauen wenden, wenn sie ein paar Tage lang den Versuch gemacht haben, „geittige“ Kost aus den Spalten der „Westfälischen Zeitung“ zu beziehen.

— **Gewerkschaftskartell Viefelseld.** Die Amtsperiode des Verwaltungsausschusses ist mit der öffentlichen Gewerkschaftsverammlung abgefallen. Betreffs Neuwahl des Ausschusses findet am Mittwoch, den 17. März, abends 8½ Uhr, im Restaurant „Stadt Viefelseld“ eine Sitzung der Kartelldelegierten statt. Da bisher von verschiedenen Gewerkschaften die Adressen der neugewählten Vorstandsmitglieder und Kartelldelegierten nicht mitgeteilt sind, eruchen wir, dies baldigst anzunehmen und die Wreslser am Kollegen Köhler, Marktstr. 8, einzuliefern.

Der Ausgus. — Stadttheater. Aus dem Theatersbureau wird uns geschrieben: Morgen (Sonabend) wird „Alt-Deidelberg“ zum ersten Male gegeben; diese Vorstellung findet zu kleinen Breiten statt. Der Herr Schiller, der jetzt noch die dritte Saison in Viedersbach wirkt, ist am Dienstag Benefiz. Die Künstlerin hat für diese Breiten, die Rolle der Fanelia in dem Schauspiel „Die tolle Kiste“ von Brieu gewählt. Am Donnerstag und darauf folgenden Sonntag gastiert die Verzeig-Musique des Hofkapellmeisters Auguste Braich-Grevenberg als Jacqueline in „Die treue Frau“.

— **Städtisches Orchester.** Wir weisen nochmals auf das heute abend um 8½ Uhr im Stadttheater stattfindende vierte Volkskonzert (Populärer Abend) hin.

— **Gesangverein „Soifnung“** (Mitglied des Arbeiter-Jugendvereins), feiert am Sonntag, 7. März, sein 13. Leistungsfest in den Lokalitäten des Wirts Hofmann.

— Polizeibericht. J e t z g e n o m m e n w u r d e n 1 Person wegen Betrugs, 1 Person wegen Diebstahls und 1 Person wegen Trunkenheit. 28 obdachlose Wanderer erhielten Unterkunft im Polizeigewahrsam.

Eingebrochen wurde in der Nacht zum 8. 3. 09 in den Keller des Hauses Bröbelstr. 42 und daraus 40 Flaschen Liqueur und Schnaps entwendet. Die Diebe scheinen zum Transporth eine zweirädrige Handkarre verwendet zu haben. Letztere fand ich zwei Tage später auf derselben Stelle im Hofe des Wohnhauses wieder vor.

Ein Schwindler holte gestern aus einem Haushalt ein Leinwandmesser, ein Hadmesser und ein anderes Messer ab, um, wie er angab, die Sachen auf der Straße zu schleifen und sofort wieder zurückzubringen. Da die betreffende Person nicht zurückkehrte, scheint sie die Gegenstände unterschlagen und verläuft zu haben. Sachdienliche Mitteilungen sind an die hiesige Kriminalpolizei zu richten.

Schwedewe. Schmiede-Verband. Sonntag, 7. März,
 vorm. 10 Uhr, bei Schröder: Verammlung Vortrag
 des Genossen Hoffmann-Bielefeld über „Genossenschaft,
 Gewerkschaft und Partei“.
 Sog. Verein. Sonntag, 7. März, nachm. 4 Uhr:
 Verammlung.
 Gewerkschafts-Partell. Sonnabend, den
 6. März, abends 8½ Uhr, bei Hilfert: Sitzung.
 Sog. Verein. Sonntag, 7. März, nachm. 4 Uhr:
 Verammlung.
 Sog. Verein. Sonntag, 7. März, nachmittags
 3 Uhr: Verammlung.
 Radfahrerverein „Elsfetal“. Sonntag, 7. März,
 nachm. 3 Uhr, bei Kühle: Verammlung.
 Sog. Verein. Sonntag, 7. März, nachm. 2 Uhr:
 Vernehmung.
 Verein. Sonntag, 7. März, nachm.
 4 Uhr: Verammlung.
 Gewerkschafts-Partell. Sonntag, 7. März,
 vorm. 10 Uhr, bei Lüpke: Sitzung. Dann jeden Sonn-
 tag nach dem 1. eins. Monats.
 Die Gen.-Bibliothek ist geöffnet jeden Sonntag,
 vormittags von 11 bis 12 U. r.
 Sog. Verein. Sonnabend, 6. März, abends 8½
 Uhr, in der „Centralhalle“: Generalversammlung.
 Gewerkschaftskonferenz. Sonntag, 7. März,
 vormittags 10 Uhr, in der „Centralhalle“.
 Sog. Verein. Montag, 8. März, abends 8½ Uhr,
 in der „Centralhalle“: Verammlung. L.-D.: Die Um-
 gestaltung der Finanzreform.
 Parteigenossen und „Volksmacht“. Abon-
 nenten. Sonnabend, 6. März, abends 8½ Uhr: Be-
 sprechung Vortrag des Genossen Klingenbagen-Bielefeld
 über die „Allgemeine politische

Parteige
Wie schon bekannt, ist
er Reichs- und Landtags
wir nun vor einer Neuwa
arbeit zu verrichten haben.
Orte, uns frühzeitig Nach
Versammlungen reip. Bau
Mit Parteig

S. A.: Wilhelm 3

* Schweicheln, 4. Mä
Rehabilitierung seiner E
mann, hier, zuteil. In
Freisblatt" finden wir so

Wir Unterzeichneten Herr Lehrer Friedrich D. Schweicheln, in jeder Hinsichtes tut, und wenn B. Verleumdung und Unwah

Herr Wöhrmann ist
von Hohenzollern und jeht
gerade in letzter Eigen
jeht war, jeht wir uns
Johannes Pi

Wilhelm Raabe
Wilhelm Störck
Julius Stöcker
Heinrich Rickert

Cuf. Wehmer
 Simon Weimer
 N. Wöhl, A.
 Heinrich Wöl-
 feinrich Wöl-
 feinrich Wöl-
 Karl Ellerbro-
 Hermann Wöl-
 Friedrich Wöl-
 Aug. Pieper
 Ellerbrof, T.
 Frif. Di deb-
 Leopold Wöl-
 Wöhl Geme-
 Heinrich Wöl-
 Heinrich Wöl-
 Friedrich Wöl-
 August Wöl-
 Wöhl, H.
 Wilhelm Wöl-
 S. Wöhl, H.

Ja, aber das ist doch
kannt war. Natürlich.
Ablesers des Haus-Ordens
Güte — oder gibt es U
schiede?, wir sind darin
er auch in jeder Hinsicht
als Gutes tun. Dieje Er
Erklärung, die gibt's ni

* **Salzungen**, 3. März.
tag sein. Vertul-
Sigung der Stadtverord-
stimmig beschlossen worden.
steuer eine Eingabe an die
tagsabgeordneten Sch m
Babstfreies, wozu die 3
Barntrup gehören) vom
sammlung folgendes Sc
stimmigen Beschlusses
Stadt Salzuflen erlaubt

liegend Abdrift einer
hiesigen Magistrat vom
einer Wertzuwachssteuer
gebenen Bitte zu überre-
den noch in der jetzigen
Städteordnung entspre-
Bestimmungen zur Ermö-

Wertzunwachststeuer getroffen.
Fürstliche Regierung
sigen Magistrat vom 2. S
arbeiten bereits beschäft
daß dieselben inzwischen
ceip. Entscheidung seitens
steht. Speziell für die S

Wertzuwachststeuer von weil seit einigen Jahren das hiesige Bad einen g hiesigen Bodenwerte gar mit dem Bade gleichen nötigt, auch ihrerseits williger zu weichen M

von denen der allergrößte
Bade hat, gleichmäßig
nicht mehr wie recht und
Vodenerfühen zu den
ischen Ausgaben mit her
wiel es onst bei den
schwieriger wird, dem Ge
Stadterordneten bitten
wollende Erwägung zu
bereits in der vorliegenden
treffen."

* Süßbed, 4. März.
Am Sonntag, 28. Febr.

en, Dienstag, 2. März.
Spiel in drei Acten von
hatte sich dieses Stück
der Zeit mit der Darstel-
Übernehmen einen von
ganz Zeit her, als die
Verdrüssigt ist. Es ist
Wintel was zum Schin-
vergibt, bat, mit dem H-
ke: ihrem Manne hin-
des Manes im Wintel
als Eliseeth war ausse-
blinde Helena. Euderm
fassen herangezogen. Es
das Glück im Wintel
Beiden für die anzurei-
am dem Gebiete des H-
Donnerstag, 4. März.
fünf Auktionen von Hel-
michdem die Herrschaft
Publikum eingeführt ha-
lich, und die heutige Be-
verstand diesmal wirkli-
er das „große Licht“ na-
als „kleiner's Licht“, w-
will, ebenfalls recht an-
ner, weiter waren die
Charlotte Coppers in der
Solm gut angehöben.
der Kommissions-Auktion
gehoßen werden, wie d-
zeichnet war. Eine

des Papi-
dort in der Unter-
umvertheilung
eine große
von dem Kon-
reoretischer
der Meor-
erabe in dem
amten Mehr-
nach bestimm-
t können, unter
die heute in
Kapitalisten ge-
stehende, welche
stehen. Durch
an Kapitalisten
unvertheilt. Wer
sich die Zeitung
in natürlichem
verlangen, daß
er einmal von
ausführt, daß
r ist. Wünsch
Ueberblick der
erteilt wird,
Wird es nicht
t, daß man den
einer möglichst
daß der Meier
gerade die
ein immer
als Mehrwert
der Allge-
so Selbsttätig-
ung" empfindet
in dessen Ange-
in der "West-
sozialdemokra-
Intelligenz bei
nur in der
mit ihrer So-
eine glückliche
wünschlicher
die ihr besser
einzuführen
Aber sie
erzucht machen
demokratie zu
sie ein paar
lechten den-
schen aus den
denfende Reie-
e sowie mit
den Verzicht
"Westfälische
periode des Ge-
Gewerkschafts
Ausgleiches
Uhr, im Ne-
tagungsabgeord-
in die Adressen
etzeldelegierten
nachzuholen und
anzuführen.
u. s. u. u. s.
wird uns ge-
belber" zu
keinen Preisen
sion in Vieles
lerin hat für
chaupiel "Die
ig und darauf
die Hofschal-
line in "Die
auf das heute
vierte Volks-
rbeiterjänger-
leistungszeit in
er 1 Person
nd 1 Person
ielten Unter-
3. 09 in den
lischen Vikare
m Transport
Bestreite fand
Johse des Be-
Haushalt ein-
er ab, um
en und sofort
nicht zurück-
verlaßt zu
nge Kriminal-

Wahlkreis Lüdinghausen-Beckum-Warendorf.

Parteienoffen!

Wie schon bekannt, ist der Vertreter unseres Wahlkreises, der Reichs- und Landtagsabgeordnete Warendorf, gestorben. Da wir nun vor einer Neuwahl stehen und noch viel Aufklärungsarbeit zu verrichten haben, erlauben wir die Parteienoffen aller Orte, uns frühzeitig Nachricht zu geben, wo es uns möglich ist, Versammlungen resp. Parteibesprechungen abhalten zu können.

Mit Parteigrub

Die Kreisleitung

J. A.: Wilhelm Jordan, Ahlen, Rüstweg 50.

* **Schweideln, 4. März.** Kuriosum. Eine sonderbare Rehabilitation seiner Ehre wird dem Lehrer Herrn Wöhrmann, hier, zuteil. In Nr. 53 vom 3. März des „Hersfelder Kreisblatt“ finden wir folgende

Ehren-Erklärung

Wir Unterzeichneten erklären und bezeugen hierdurch, daß Herr Lehrer Friedrich Otto Wöhrmann, wohnhaft Nr. 65 zu Schweideln, in jeder Hinsicht ein Ehrenmann ist, welcher nur Gutes tut, und wenn Böses von ihm gesagt wird, dies nur Verleumdung und Unwahrheiten sind.

Herr Wöhrmann ist Inhaber des Adlers des Haus-Ordens von Hohenzollern und steht Rürsorge- und Waiseninspektor. Da er gerade in letzter Eigenschaft unerhörten Verleumdungen ausgesetzt war, setzen wir uns zu der obigen Erklärung veranlaßt.

Unterzeichnete

Johannes Köter, Kaufmann,
Wilhelm Rabe, Rigarbeiter,
Wilhelm Storf, Bahnarbeiter,
Julius Köter, Buchhändler,
Heinrich Riepe, Arbeiter,
Cust. Wehmer, Arbeiter,
Simon Weiner,
S. Böhle, Arbeiter,
Heinrich Silberbrandt, Kaufmann,
Heinrich Silberbrandt, Landwirt,
Heinrich Meyer, Händler,
Karl Ellerbrof, Maurer,
Hermann Köter 101, Arbeiter,
Friedrich Köter 101, Arbeiter,
Lug. Pieper Nr. 101, Konditor,
Ellerbrof, Tischler,
Fritz Silberbrandt, Nr. 101, Gäbler,
Leopold Wöhler, Arbeiter,
Käthe Gemeinderat,
Heinrich Ventur, Bahnbeamter,
Heinrich Wrots, Neubauer,
Friedrich Niederbäumler, Buchhändler,
August Schwagmeier, Nr. 43, Schlosser,
Odensted, Hauptlehrer,
Wilhelm Altmöner, Nr. 80,
S. Brunstien, Nr. 27 Gemeinderat.

Ja, aber das ist doch unerhört, daß dies uns bisher unbekannt war. Natürlich, wenn Herr Wöhrmann Inhaber des Adlers des Haus-Ordens von Hohenzollern, hochachtungsvoll die Güte — oder gibt es bei diesem Orden keine Klassenunterschiede? — wir sind darin gänzlich unerfahren — ist, dann muß er auch in jeder Hinsicht ein Ehrenmann sein und kann nichts als Gutes tun. Diese Erklärung, daß ist eine Erklärung, solche Erklärung, die gibt's nicht alle Tage. Und alle Verleumdungen sind gestrichen.

* **Salzungen, 3. März.** Die Eingabe an den Landtag betr. Vertzuwachssteuer. Nachdem in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom Dienstag einmütig beschlossen worden war, in Sachen der Vertzuwachssteuer eine Eingabe an den Landtag zu richten, ist der Landtagsabgeordnete Sch. m. u. d. Vertreter der 3. Klasse des zweiten Wahlkreises, wozu die Städte Lango, Salzungen, Blomberg und Barntrup gehören) vom Vorstand der Stadtverordnetenversammlung folgendes Schreiben ausgegangen: „Infolge einmütigen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Salzungen erlaubt dieselbe sich, dem hohen Landtag anhängend Abschrift einer Verfügung d. h. h. Regierung an den hiesigen Magistrat vom 3. Juli 1908 betreffend Einführung einer Vertzuwachssteuer für die Stadt Salzungen mit der ergebenden Bitte zu überreichen, gütigst darin wirken zu wollen, daß noch in der jetzigen Session entweder die §§ 90 und 91 der Städteordnung entsprechend geändert, oder landesgesetzliche Bestimmungen zur Ermöglichung der baldigen Einführung einer Vertzuwachssteuer getroffen werden.“

Fürsichtige Regierung ist nach einer Verfügung an den hiesigen Magistrat vom 2. Sept. v. J. seit dieser Zeit mit den Vorarbeiten bereits beschäftigt, so daß angenommen werden darf, daß dieselben inwieweit erledigt sind, und einer Beschlußfassung resp. Entscheidung seitens des Landtages nichts mehr im Wege steht. Speziell für die Stadt Salzungen ist die Einführung einer Vertzuwachssteuer von sehr hoher, einschneidender Bedeutung, weil seit einigen Jahren nach Erbauung des Thermalbades das hiesige Bad einen großen Aufschwung genommen, und die hiesigen Bodenwerte ganz außerordentlich gestiegen sind. Um mit dem Bade gleichen Schritt zu halten, sah sich die Stadt gezwungen, auch ihrerseits ganz besonders hohe Ausgaben zu bewilligen, zu welchen Ausgaben sämtliche Bürger Salzungen von denen der allergrößte Teil überhaupt keinen Vorteil von Bade hat, gleichmäßig Beiträge leisten müssen. Es ist deshalb nicht mehr wie recht und billig, wenn die hohen Einnahmen aus Bodenverkäufen zu den notwendig gewordenen großen städtischen Ausgaben mit herangezogen werden. Auch im Falle nicht weil es sonst bei den fortwährenden Bodenverkäufen später schwieriger wird, dem Geseh rückwirkende Kraft zu geben. Stadtverordneten bitten deshalb, die Angelegenheit in wohlwollender Erwägung zu ziehen und im Interesse unserer Stadt bereits in der vorliegenden Landtagsession eine Entscheidung zu treffen.“

* **Salzungen, 4. März.** Vergarbeiterversammlung. Am Sonntag, 28. Febr., fand hier eine von 150 Vergarbeitern

Vielefelder Stadttheater.

am Dienstag, 2. März: Das Glück im Winkel, Schauspiel in drei Akten von Hermann Sudermann. Emil Landwehr hatte sich dieses Stück für sein Benefiz ausgesucht und hat in der Tat mit der Darstellung des agrarischen Herdenhändlers und Ueberwinder einen vollen Erfolg erzielt. Das Stück ist ein ganzes Teil über, als die Sudermannsche Fabrikarbeit sonst im Durchschnitt ist. Es ist auch kein Glück, sondern ein Unglück im Winkel was zum Schluss übrig bleibt, nachdem Cilliobert davon berichtet hat, mit dem Maratier, ihrer Jugendliebe, durchzugehen und für ihrem Mann bleiben wird. Hans Freiden lag die Rolle des Mannes im Winkel nicht besonders gut, Wally Stahberg als Cilliobert war ausgezeichnet, ebenso Clarissa Binden als die blinde Selene. Sudermann wird in letzter Zeit stark in Benefiz benutzungen gezogen. Es lebe das Leben. Sein unter Steinen, das Glück im Winkel haben behalten müssen. Ein trauriges Zeichen für die augenblickliche Unfruchtbarkeit der Produktion am dem Gebiete des Dramas.

Donnerstag, 4. März: Das große Licht, Schauspiel in fünf Akten von Felix Philipp. Es ist das Schauspiel, mit welchem sich Robert Bartsch im Sommer 1902 beim Vielefelder Publikum eingeführt hat. Die Aufführung damals war vorzüglich, und die heutige ebenfalls. Emil Landwehr als „der Meister“ vertrat diesmal wirklich die Fühne zu beherzigen. Verdienste er das „große Licht“ ganz ausgezeichnet, so war Hubert Hopf als „kleineres Licht“, welches doch gern als großes Licht gelten will, ebenfalls recht gut. Brillant war Hans Freiden als Goldner, weiter waren die Rollen der Frau Rosamunde und der Charlotte Coates in den Händen von Rosa Wolsch und Carla Solm gut ausgefallen. Besonders muß die fangste Inszenierung der Kommissionsführung, mit der das Stück beginnt, hervorgehoben werden, wie denn auch sonst die Inszenierung ausgezeichnet war. Eine solche Inszenierung ist nötig, wenn das Stück Effekt machen soll, und der wurde wirklich hervorgebracht.

besuchte Verammlung statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Vrep. Hannover referierte über den Zweck eines Reichsberggesetzes. Redner übte eine vernichtende Kritik an dem Verhalten der christlichen Gewerkschaften zum Vergarbeiterkongress in Berlin, ebenso an der Mangelsichtigkeit der Vergarbeitermodelle im preussischen Landtag. Von der Regierung, die es nicht für notwendig gehalten hat, den Vergarbeiterkongress zu bezeichnen und die Wünsche der Vergarbeiter entgegenzunehmen, sei nichts zu erwarten. Das Referat wurde mit großem Beifall angenommen. Eine Resolution gegen die Vergarbeitermodelle sowie eine weitere gegen die Einführung einer Reichslohlensteuer wurden einstimmig angenommen. — Der Christliche Gewerksverein, dessen Führer sich in den letzten Jahren viele Mühe gaben, auch hier in Schaumburg-Lippe festen Fuß zu fassen, hat hoffentlich durch sein Verhalten zum Vergarbeiterkongress und durch das Verhalten des früheren Gewerksvereinsführers und Zentrumsgesandten August Brunt zur Beitritt der Schaumburg-Lippischen Vergarbeiter im preussischen Landtag sich selbst ihr Grab gegraben.

* **Detmold, 4. März.** Lippischer Landtag. In der gestrigen Sitzung wurde die am Sonnabend ausgelegte zweite Lesung des Staatsfortgesetzts. Inzwischen hat eine Besichtigung der Irrenanstalt Lindengaus stattgefunden und sind Kommissionsberathungen gewesen, wobei sich der Landtag mit den neuen Forderungen der Anstalt vertraulich befaßt hat. Gestern führte der liberale Abgeordnete Schelp — ein Vertreter der 2. Klasse — u. a. aus, daß Lippe auf dem Gebiete der Einkommensteuer-Veranlagung Reformen durchzuführen hätte, damit es möglich werde, die jetzt vielfach durch die Wälder schlingenden Steuerpflichtigen besser zu fassen. Man nimmt nämlich nicht mit Unrecht an, daß es die Landwirte gut verstehen, dem Staate bei der Steuerentziehung ein Schnippchen zu schlagen, aber auch in industriellen Kreisen wird es zweifelhaft, ob nicht allzu genau genommen. Jedemfalls wäre eine durchgreifende Reform sehr zu wünschen. Der liberale Herr brachte dann aber noch der Wunsch vor, daß Lippe Pressen darin folgen möchte, daß auch hier die Unternehmer verpflichtet würden, aber die Besätze der Arbeiter Lust zum Geben! Wenn dieser liberale Wunsch erfüllt wird, erleben wir vielleicht eine Neuauflage der Schwindelereien namentlich in Berliner Blättern über die Einkommen-Einkommen in Arbeiterkreisen. Vor der Regierung wurde auf eine Anfrage bemerkt, daß die mit einer allgemeinen Selbstentziehung gemachte Probe das Ergebnis gehabt habe, daß in städtischen Bezirken die Steuerpflichtigen der niedrigen Stufen höhere Einkommen zu verzeichnen hätten als angenommen wäre. Diese Mitteilung aber fand selbst in diesem konservativen Parlament eine zweite heftige Aufnahme. Sogar ein Mitglied der rechten Seite entgegnete darauf, daß die höheren Einkommen wohl mehr Angstprodukte der bei einer protokollarischen Vernehmung natürlich aufgeregten kleinen Leute wären. Dieser Herr, der das sonderbare Ergebnis so lenzte, ging auch etwas näher ein auf die Steuerfragen im allgemeinen und führte dabei aus, daß er längere Jahre bei der Einführung des jetzt zu Recht bestehenden Einkommensteuergesetzes es gerade die Liberalen gewesen sind, die mit aller Heftigkeit dahin drängten, daß die höheren Einkommen in Lippe niedriger als in Preußen besteuert würden. Das haben sie damals auch fertig gebracht, so daß heute die kleinen Leute in Lippe im Verhältnis zu den preussischen Steuerpflichtigen viel schlechter gestellt sind als die Leute mit dem großen Geldebeutel. Im Anschluß an die Feststellungen entstand noch eine kleine Debatte darüber, ob die bei der nur zur Probe vorgenommenen Selbstentziehung erzielten Ergebnisse jetzt auch bei der Veranlagung zur Steuer beibehalten werden müßten. Die Regierung meinte, das sei selbstverständlich. Andere Herren scheinen es nach dem Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen nicht für so selbstverständlich zu halten. Abg. Sch. m. u. d. wies darauf hin, daß wir in einer Krise eben, die notgemäß auf die Steuerfrage einwirkte, und daß es deshalb angebracht sei, nicht auf eine Steigerung der Steuer Einnahmen zu hoffen. Bei der Vermehrung der Steuerträge müßte ein Unverdienst gemacht werden zwischen den Einkommen, die nur zum Leben ausreichen, und denen, die darüber hinausgehen. Wenn überhaupt endlich an eine Reform des Einkommensteuergesetzes herangetreten werden sollte, dann sei es nötig, das früher veranlagte nachzuholen und die hohen Einkommen auch so zu be- staa slatten heranzuziehen, wie es längst hätte geschehen müssen. Der Antrag der Einkommensteuer ist jetzt im Voranschlage mit 700 000 Mark ausgeworfen. Bei einer anderen Gelegenheit wurden von liberaler und konservativer Seite Anträge aus- gesprochen, durch die auf die Regierung eingewirkt werden soll, daß die Veranlagung im Bundesrat für eine Entlastung Lippes zu wirken. Von der linken und Landesparlamente steht in der Land- tasse ein reiner Ueberfluß von 160 000 Mark, der für die Ver- steuert 103 000 Mark bei, die preussische Klassenlotterie 58 000 Mark. Die Einnahme aus dem Obste der Landeslotterie hat sich im Jahre 1908 auf über 20 000 Mark belaufen.

In der Sitzung von heute wurde zunächst eine Eingabe an- Salzungen verlesen, die von der Stadtverordnetenversammlung kommt und worin ersucht wird, der Regierung eine Beschleu- nigung der Arbeiten für den Erlaß eines Landesgesetzes über die Vertzuwachssteuer nahe zu legen. Nachdem danach eine persönliche Aussprache zwischen einem konservativen und zwei liberalen Abgeordneten, deren Rollen der Konservative zu bezahlen hatte, erledigt war, ging man wieder an die 2. Lesung des Staats. Dabei wurde n. wieder verschiedene Wünsche ge- äußert, so der Wunsch nach einer Aufteilung der Staatsdomäne in feststehende im ländlichen Osten. Etwas länger beschäftigte der Landtag auch die Frage, ob Preußen berechtigt ist, sich von Lippe die Hebung der indirekten Steuern eine so hohe Summe bezahlen zu lassen. Es wurde vorgeschlagen, sich mit anderen Kleinstaaten zu einer gemeinsamen Abwehr zu vereinigen oder in Bundesräte vorzusprechen. Ueber all diese Fragen soll noch mal in einer Kommission verhandelt werden. Viele Abgeord- neten viel zu hoch, die schon seit Jahren immer wieder daran insinuierten, ohne aber bisher den geringsten Erfolg gehabt zu haben. Jetzt erhebt die Regierung wieder um eine Erhöhung der Summe, was sie damit begründet, daß die Selbst- entlassungsprobe viele besondere Ausgaben verursacht habe. Zum Schluss wurde auch die Frage der Militärarbeitsträger noch kurz gestreift und durch Ueberweisung an die Kommission vor- ausgesetzt. Es liegt dazu schon ein Antrag vor, den der lib. Neumann-Hofz gestellt hat und der dahin geht, daß zu- nächst nur die alte Summe vom vorigen Jahre eingestellt werden möge. Auf diese und andere Weise will man das Defizit verringern das einiges Kopfschütteln verursacht hat. Von der Regierung wurde zu der oben erwähnten Eingabe aus Salz- ungen wegen des Erlasses einer allgemeinen Vertzuwachssteuer- ordnung auch erklärt, daß der Entwurf eines solchen Gesetzes ausgearbeitet werde, und daß er zur nächsten Tagung dem Landtage zu machen solle.

* **Detmold, 4. März.** Ortskrankenkasse der ver- einigten Fabrikarbeiter. Von der Regierung sind die in der außerordentlichen Generalversammlung beschlossenen Stimmenerhebungen genehmigt worden und mit dem 1. März in Kraft getreten. Es wird also jetzt statt der bisher zwei Drittel nur drei Fünftel des Tagelohnes als Krankengeld gezahlt, und außer den Wochentagen nur für die Feiertage, die in die Woche fallen.

* **Detmold, 4. März.** Als Vertrauensärzte für das hiesige Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für das Jahr 1909 sind gewählt die Herrn: Medizinalrat Dr. Volkhausen, Hofrat Dr. Stemann und Sanitätsrat Dr. Carus, sämtlich in Detmold.

* **Detmold, 4. März.** Stadtverordneten-Sitzung. Die für Verheerung der Obdachlosen verbrauchte Summe von 118 500 Mk. für 14 Wochentage und 10 Stühle für das Polizei- schäftsmann wurde nachgewiesen. Hierbei wurde vom Stat. W. e. h. m. a. n. bemängelt, daß sich die Gefängnisräume in sehr mangelhaftem Zustande befänden, auch sollten die Obdachlosen in anderen, als Gefängnisräumen untergebracht werden. Bür- gerversammlung Dr. A. e. r. ist der Ansicht, daß dieser Winter nicht als Wahljahr für die Beurteilung der Arbeitslosigkeit anzusehen

sei. — Der Vorschlag der Baukommission, dem Hausbesitzer Melzig für das Zurücktreten der Häuser Poststraße 6 und 8 10 000 bzw. 20 000 Mk. zu bewilligen, wurde angenommen, um dem Magistrat Gelegenheit zu weiteren Verhandlungen zu bieten, da M. inzwischen höhere Forderungen gestellt hat für die notwendig werdenden Umbauten. — Die Domschule wird in eine sechsklassige Schule umgewandelt und ein. neue Lehrkraft (techn. Lehrerin) bewilligt. — Ein Antrag des „Gemeinnützigen Bauvereins“ um Uebernahme der Bürgerschaft für ein Darlehen von der Landesversicherungsanstalt von 55 000 Mk. wird gegen eine Stimme angenommen. Dabei wird gewünscht, daß der Bereich in Zukunft nur noch Häuser mit billigeren Wohnungen, als wie in den zuerst errichteten Häusern, baut. Auch einem weiteren Bürgerschaftsantrage dieses Vereins wird zugestimmt. — Für die Anschlagtafeln werden 35 Mk. bewilligt, und für die Verlebung am Dombhof 500 Mk. — Dann folgt die Abnahme von Rech- nungen vom Jahre 1907 mit der Haushaltspläne für 1909. Mangels der Unterlagen ist es heute nicht möglich, näher darauf einzugehen. — Der Finanzrat der Stadtparlamente wird zu gleicher Zeit mit dem der Kreisparlamente von 3 1/2 auf 3 1/2 Proz. herab- gesetzt. Die Zinsherabsetzung der Hypothekengelder von 4 1/2 Prozent auf 4 Prozent war dafür maßgebend. Beide Bestim- mungen treten nach deren Genehmigung an einem Tage in Kraft. — Bei der Wahl einer Kommission für die Regelung der Be- amten und Lehrerehälter kommt es zu einem kleinen Inter- mezzo. Stadtd. Meier ersucht, von der Wahl des Stadtd. Lehrer Kornfeld in diese Kommission Abstand zu nehmen, da es sich um dessen Sache mit handele, während Kornfeld erklärt: Ich habe als Stadtverordneter nicht nur die Interessen der Lehrer, sondern auch die der anderen Beamten zu vertreten. Persönliche Interessen vertritt ich nicht. Er tritt dann aber zurück. Dann wendet sich Vorsitzender Schütte gegen die Wahl eines Stadtverordneten in die Kommission, da derselbe erst 4 Jahr der Versammlung angehört, was von dem Petrosenen verlangt und als Beeinflussung bezeichnet wird. Der Vorsitzende weist dies zurück. Während aber sonst in der ganzen Sitzung die Abstimmung durch Stimmzettel durchzuführen abgelehnt wird, ist der Vorsitzende über den Stadtd. Grote durch Aufstehen ab- stimmend, was von diesem und dem Stadtd. D. Aragon als unethisch bezeichnet wird. Stadtd. von Borries glaubt den Vorsitzenden dagegen in Schutz nehmen zu müssen. Dieser habe nur eine spezielle Kenntnis der Verhältnisse von den zu wählenden verlangt, um in der Kommission mitwirken zu können, Stadtd. Grote sei damit nicht getroffen. Zweiter Bürgermeister Becker teilt die Auffassung. Damit ist der Zwischenfall erledigt. Eine Eingabe der Lehrerschaft der Mittel- schule, auch sie bei der Gehaltsregulierung zu berücksichtigen, wird der Kommission überwiesen.

Militärisches.

Erfolgreiche Verurteilung. Frankfurt a. Main, 4. März. Wegen militärischen Unruhrs waren am Kriegsgericht der 2. Division die Dragoner Beder, Arumb, Böcher und Laule von der 5. Schwadron des 24. Dragoner-Regiments in Darmstadt zu je 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden, wozu für Beder noch 3 Monate und für Arumb noch 1 Monat wegen Abgangs- verletzung kamen. Die Angeklagten hatten den dreimaligen Be- fehl des Unteroffiziers vom Dienst, das Licht auszulöschen, nicht befolgt und ruhig weiter Karten gespielt. Für weitere Dra- goner, die dem Kartenspiel zuschauten, waren nur wegen Be- gartens im Ungehörigen zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis 1 Jahr bestraft worden. Gegen das Urteil hatten alle An- geklagten Verurteilung an das Obergericht eingelegt. Das O- bergeicht hielt Reiterei nicht für vorliegend und verurteilte auch Beder, Arumb, Böcher und Laule nur wegen Beharrens im Ungehörigen, und zwar Beder zu 11 Monaten, Arumb zu 1 Jahr, Böcher zu 8 Monaten und Laule zu 10 Monaten Ge- fängnis. Auch die Strafen für die übrigen fünf Angeklagten wurden herabgesetzt; sie wurden zu Gefängnisstrafen von drei bis sechs Monaten verurteilt.

Vermischtes.

Unteroffiziere bei den Walzbahnen. Mannheim, 4. März. Die Unteroffiziere bei den Walzbahnen haben nach den bisherigen Feststellungen bereits die Höhe von 145 000 Mk. erreicht. Dieser Selbstbetrag ist von den bisherigen Altkonten zu tragen.

Singerhaken. Gletwisch, 4. März. Heute früh um 7 Uhr wurde der Raubmörder Galoska, der im Juli 1908 den Möbels- händler Gläsmann in Badze ermordete, hingerichtet.

Vom Turm herabgestürzt. Trepitz, 4. März. Gestern Abend stürzte sich vom Giebel des katholischen Kirche auf dem Schloßplatz ein 23jähriges Mädchen herab. Der Körper fiel zuerst auf einen Giebelvorsprung, dann auf das Pflaster vor dem Kirchentor. Trotz der riesigen Höhe, aus der das Mädchen herabstürzte, war es nicht sofort tot. Es hatte beide Beine gebrochen und am Rücken eine große Wunde, sowie innere Verletzungen erlitten.

Ein bestochener Offizier. Bukarest, 4. März. Unter dem Verdachte, von zwei in Berlin als Kaufleute etablierten Brüdern, die eine Tuchlieferung für die rumänische Armee über- nommen haben, eine erhebliche Abschlagszahlung auf eine größere Bestellschuld angenommen zu haben, steht ein alter hoher Offizier, dessen Verhaftung angeblich bald erfolgen soll. Der Kriegsminister hat eine strenge Untersuchung des Falles angeordnet.

Im Zieher Malaga, 4. März. Im Militärlaboratorium trug sich gestern eine furchtbare Tragödie zu: Der im Majors- rang stehende Oberapotheker Cabrera, der einige Tage an In- fluenza gelitten hatte, erlitten plötzlich im Bureau und erschoss den Hauptmann Luengo. Dann schoß er auf den Obersten Munoz, der hereinströmte, um Cabrera zu entwaffnen, traf ihn aber nicht, da der Oberst mit Blieschnecke eine Aniebung machte. Darauf legte Cabrera den Revolver an die Stirn und erschoss sich selbst. Cabrera hat wahrscheinlich im Zieherwahn geman- delt.

3 Schulknaben ertrunken. Antwerpen, 4. März. In der Vorstadt Borgerhout sind gestern Abend 3 Schulknaben im Alter von 12 Jahren ins Eis eingebrochen und ertrunken.

7 Arbeiter verhaftet. Clermont-Ferrand, 4. März. 7 Arbeiter, welche an der Reparatur eines baufälligen Hauses be- schäftigt waren, sind durch Einwirkung einer Dede und Mauer ver- hütet worden. 3 Arbeiter wurden getötet, 4 trugen schwere Verletzungen davon.

Die Genistkare. Chalons sur Marne, 4. März. Die Genistkare ist unter den Mannschaften des 6. Kavallerie-Regiments ausgebrochen. Zwei Soldaten sind bereits gestorben.

Hoher Schneefall. Liffabon, 4. März. In ganz Portugal herrscht Schneegestöber. Mit Ausnahme der Hauptstadt und ihrer Umgebung liegt der Schnee mehrere Zentimeter hoch.

Schiffsunfall. London, 4. März. Der Turpedozerstörer „Doon“ überfuhr diese Nacht einen englischen Dampferlutter. Die Mannschaften wurden gerettet.

Briefkasten der Redaktion.

S. Chr. Salzungen. Aus Ihrem Bericht war nicht zu er- sehen, um was es sich bei dem Schreiben betr. Konfessionsverteilung an der Straßenbahn eigentlich gehandelt hat. Deshalb wurde der ganze für uns unklare Passus gestrichen. Eine Stadtver- ordneterversammlung kann doch nicht einem an sie gerichteten Schreiben zustimmen, sondern nur einer Konfessionsverteilung oder einem Antrag.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Bötcher, beide in Viefelsld

Für Konfirmanden schwarze und farbige Kleiderstoffe

das Neueste der Saison

in Cheviot, Crepe-Mohair, Diagonale, Chevron und Satintuche
das Meter in reiner Wolle zu 95 Pfg., 1.10, 1.30, 1.35, 1.50, 1.60, 1.95

Reinwollene Flanelle das Meter zu 85 Pfg., 1.00, 1.20, 1.35, 1.65

Ferner empfehle in grösster Auswahl:

Kleidersiamosen Kleid 6 Meter zu 2.65, 3.30,
doppelte Breite 3.90, 4.50, 5.10

Schürzensiamosen 140 cm breit, zu 58, 65,
72—95 Pfg.

Bett-Kattune u. Satins zu 22, 25, 33,
38, 45, 55 Pfg.

Pelz-Piqué zu 42, 48, 55, 65, 78, 95 Pfg.

Damenhemden 110 cm lang, zu 80 Pfg., 1.00,
1.35, 1.65.

Damenhemden mit Herzpasse u. Schulterchluss
zu 1.25, 1.65, 1.85, 2.15.

Feston-Röcke zu 1.65, 2.15, 2.45, 3.00, 3.50

Korsetts zu 90 Pfg., 1.25, 1.50, 1.65 und höher.

Sämtliche Aussteuerartikel wie Hemdentuche, Bettdamaste, Handtücher, Halbleinen etc.
in nur guten Qualitäten enorm billig.

Bielefeld,
Obernstr. 35.

Heinr. Hirz

Gegenüber der
kath. Kirche.

Städtisches Orchester.

Freitag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr
im Stadttheater:

Viertes Volkskonzert

Populärer Abend.

Leitung: Kapellmeister Max Cahnbley,
Solist: Paul v. Hagen.

Im Programm u. a.: Ouverture „Römischer Karneval“
v. Berlioz, Rhapsodie Nr. 6 v. Liszt, Künstlerkarneval
v. Svendsen usw. 1198

Vorverkauf in der Musikalien-Handlung H. Selle.

Wer die „Volkswacht“ unterstützt, ist wert, auch
von den Lesern der „Volkswacht“ unterstützt zu werden.

Soeben ist erschienen und in der Buchhandlung „Volkswacht“,
Bielefeld, Schulstr. 21, zu haben:

Auf Messias Trümmern

Bericht eines Augenzeugen.

Preis 1 Mark. Von Paul Dachne. Porto 10 Pfg.

Achtung! Sonnabend, 6. März, Achtung!

Rauchklub „Ravensberg“

Kappenfest

im Lokal des Herrn G. Freudenau, Heeperstr. 126.
Anfang 8 Uhr abends. 1300
Hierzu ladet freundlichst ein Der Festleiter.



Schutzmarke.

Alle Wohlgerüche Arabians

heften sich Ihrer Person an, wenn Sie
das Wohlgeruchspulver Goldperle
verwenden, bei welchem ausserdem noch
jedem Paket ein hübsches und prak-
tisches Geschenk gratis beigelegt ist.
Fabrikant: 1306
Carl Geutner, Göppingen.

General-Versammlung

des
Bielefelder Haushaltsvereins e. G. m. b. H.
am Sonnabend, den 13. März 1909, abends 8 Uhr,
im Lokal des Arbeiter-Bildungs-Vereins, Kreuzstr. 23.

- Tages-Ordnung:**
1. Mitteilung der Bilanz vom 31. Dezember 1908 durch den Vorstand.
 2. Berichterstattung des Aufsichtsrats über die Prüfung der Geschäftsbücher, der Bilanz und der Vorschläge über die Verteilung des Gewinnes.
 3. Beschluss über die Genehmigung der Bilanz, über die Verteilung des Gewinnes und über die Entlastung des Vorstandes.
 4. Neuwahl für das nach dem Turnus ausscheidende Vorstands-Mitglied.
 5. Neuwahl für zwei nach dem Turnus ausscheidende Aufsichtsrats-Mitglieder.
 6. Beschlussfassung über die dem Vorstand und Aufsichtsrat zu gewählende Entschädigung.
 7. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat
des Bielefelder Haushaltsvereins e. G. m. b. H.
Hans Thieme, Vorsitzender.

Die Bilanz liegt von heute ab in unserem Kontor aus. — Zur Teil-
nahme an der General-Versammlung ist die Vorzeigung der vom Verein
ausgegebenen Legitimationskarte erforderlich.

Gelegenheits-Kauf!

Erwarb einen grossen Posten **Kochherde**, erstklassiges Fabrikat,
unter Preis und gebe solche

zu **Spott-Preisen** ab.

Adolf Heine

Spezial-Geschäft für Kochherde u. Oefen
Ritterstrasse 57.



Waschmaschinen
der verschiedensten Systeme.
Kesselöfen und
kupferne Kessel
Gaskocher
Eisenschränke
Geldschänke.

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 54.

Bielefeld, Freitag, 5. März 1909.

20. Jahrg.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom Mittwoch, 3. März, nachmittags 1 Uhr.
Am Ministertisch: v. Moltke.
Die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel „Polizeiverwaltungen in Berlin und Umgebung“.

Abg. Zietzen (fr.): kommt auf die Frage der Organisation von Groß-Berlin zu sprechen. Zweifellos bilden die Vororte mit Berlin eine wirtschaftliche Einheit; es handelt sich um ein einheitliches Gemeinwesen, dem nur noch die rechtliche Vereinigung zu fehlen scheint. Trotzdem erscheint mir die Frage der Eingemeindung der Vororte außerordentlich schwierig, ja unlösbar. Es würde dann eine Gemeinde mit einem ungeheuren ausgedehnten Gebiet und einer Einwohnerzahl von 4 Millionen entstehen. Dabei ist Berlin jetzt schon über die Verhältnisse hinausgewachsen, unter denen sich eine Gemeinde mit Erfolg von einer Zentralstelle aus leiten läßt. (Sehr richtig! rechts.) Und auch vom Standpunkte der Vororte sprechen wichtige Gründe gegen die Eingemeindung. In einem Teil dieser Vororte hat sich ein überaus lebhaftes kommunales Leben entwickelt. Eine Reihe von ihnen sind zu Großstädten emporgewachsen; manche, wie Charlottenburg, haben geradezu vorbildliche kommunale Einrichtungen getroffen. Dazu kommt, daß den beteiligten Kreisen nach vielen Millionen zählende Entschädigungen zu zahlen sein würden. Die Provinz Brandenburg hat sich auch bereits darauf eingerichtet, mit ihren kommunalen Einrichtungen die Bedürfnisse der Vororte zu befriedigen. Auch diese Beziehungen der Vororte zu der Provinz sind nicht so leicht zu trennen. Denkbar wäre nur eine Eingemeindung in geringem Umfang. Zugabe ist, daß die Steuerkraft der einzelnen Vororte außerordentlich verschieden ist und daß gerade die ärmeren Vororte am wenigsten in der Lage sind, den ihnen in bezug auf soziale Fürsorge gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Aus diesem Grunde wäre — da die Eingemeindung unmöglich ist, zumal auch die Regierung dagegen ist — es wohl angebracht, daß die betreffenden Gemeinden sich gegenseitig helfen. Es könnte vielleicht ein bestimmter Prozentsatz des Gemeindeeinkommens in eine Ausgleichskasse gezahlt werden und diese Summe zurückverteilt werden auf die Gemeinden nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerung. (Bravo! rechts.)

Abg. Cassel (fr. Sp.): Der Herr Vorredner hat selbst angegeben, daß Groß-Berlin eine wirtschaftliche Einheit bildet. Aus diesem Grunde ist die Eingemeindung eine unbedingte Notwendigkeit. Die Darstellung, als ob die Eingemeindung daran scheitert, ist, daß Berlin zu früher, als Minister Herrmann plante, abgelehnt habe, ist in ihrem Kern falsch. Die Stadtverordnetenversammlung hat damals nur eingesehen, daß eine Eingemeindung nur der besten Vororte nicht möglich ist, und hat eine Eingemeindung in viel größerem Umfang beschlossen. (Hört, hört!) Damit war der Magistrat nicht einverstanden, er war gegen die Eingemeindung der westlichen Vororte und berichte in diesem Sinne an die Regierung. Mit dem Abgange des Ministers Herrmann haben sich dann aber die Ansichten der Staatsregierung über die Zweckmäßigkeit der Eingemeindung völlig geändert. Die Gründe des Herrn Vorredners gegen die Eingemeindung kann ich nicht anerkennen. Daß Berlin schon jetzt zu groß ist, bestreite ich entschieden. (Sehr richtig! links.) Es mögen anderswo bessere Einrichtungen bestehen, aber im ganzen wird den kommunalen Anforderungen von Berlin durchaus genügt. Es ist gar nicht nötig, daß Berlin durchaus in allem an der Spitze steht, sondern man kann es nur begreifen, wenn auch andere Städte hervorragendes leisten. Wenn man nun durchaus keine Eingemeindung will, so muß jedenfalls ein anderer Weg gefunden werden, um die gemeinsamen Interessen der Vororte mit Berlin zu wahren, als ein Zwangsverband. Ich denke an eine Organisation, wie sie in London existiert, wo die Grafschaft London das vereinigte Band bildet, während die einzelnen Gemeinden Selbständigkeit haben. Die Haltung des Herrn Vorredners, der die Eingemeindung wenigstens einzelner Vororte für richtig hielt, steht im Widerspruch zu der bedauerlichen Verhinderung des Herrn Oberpräsidenten auf dem brandenburgischen Provinziallandtag. Danach sträubt man sich sogar gegen eine Eingemeindung des Tempelhofer Feldes in Berlin. Wir sträuben uns gar nicht dagegen, in Konsequenz dieser Eingemeindung etwa auch Tempelhof einzugemeinden, falls Tempelhof das wünscht. Wenn die Regierung das durchaus verhindern will, so halte ich das für eine große Unbill gegenüber Berlin, und es widerspricht auch dem Geiste, die die Voraussetzungen regeln, unter welchen eine solche Eingemeindung vollzogen werden darf. Wenn ich auch anerkenne, daß man keinen Zwang auf die Vororte ausüben will, so ist es doch unverständlich, daß man den Grund angibt: Berlin muß so bleiben wie es ist und darf nicht größer werden. (Sehr richtig! links.) Die Stadt Köln hat fast das doppelte Weichbild wie Berlin bei viel geringerer Einwohnerzahl. Warum sollen die Einwohner Berlins durch aus in dem beschränkten Raum schmoren? Der Gedanke des Herrn Vorredners, einen Ausgleichsfonds zu schaffen, führt nach unserer Ansicht zum Kommunismus, den wir noch nicht für durchführbar halten. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Berlin will gar keine besonderen Vorteile, aber es verlangt freien Raum für seine Entwicklung. (Bravo! links.)

Abg. Hammer (fr.): Ich erkenne an, daß der Herr Vorredner durchaus objektiv gesprochen hat. Das Motiv meiner Rede wird sein: Was zu im Augenblick ausgeschlagen, bringt seine Einigkeit zurück. (Rechts.) Berlin wollte damals nur die letzten Kolonien, die westlichen Vororte, haben, und daran scheiterte die Sache. Heute ist der Standpunkt, den der Herr Oberpräsident auf dem Provinziallandtag dargelegt hat, der einzig richtige. Sehr wenig konsequent war es, daß gerade die Kreise, die sich immer gegen das persönliche Regiment wendeten, durch den Mund ihres Richters und Verwaltungsbeamten, des Bürgermeisters Reide, sich im Berliner Rathaus an den Kaiser wandten, um die Eingemeindung des Tempelhofer Feldes zu erreichen. (Sehr richtig! rechts.) Für die Verkehrsmitel hat Berlin fast gar nichts getan. Die Bodenpolitik liegt in Berlin auch ganz im Argen; an die Einführung einer Wertwachsteuer wird nicht gedacht. Wenn die Herren im Stadtparlament alle so wären, wie Herr Cassel, würde das Bild vielleicht anders sein. (Große Heiterkeit.)

Abg. Rosenow (fr. Sp.): Die Prophezeiung des Herrn Hammer „unwiederbringlich verloren“ scheint ja zutreffend zu sein. Seit Jahren wartet der Oberbürgermeister von Berlin auf die Antwort auf seine Eingabe in Sachen der Eingemeindung. Die Erklärung des Oberpräsidenten auf dem Provinziallandtag scheint vielleicht nun die Antwort geben zu sein. Vielleicht bekommt sie der Herr Oberbürgermeister noch in der Abschrift, oder als Zeitungsausschnitt. (Sehr gut! links.) Der Standpunkt der Regierung in dieser Frage ist mit den Gegebenheiten nicht zu vereinbaren. Es scheitert jetzt wieder Verhandlungen mit einzelnen Gemeinden über die Eingemeindung. Ich möchte wissen, ob die Regierung auch diese verhindern wird. In anderen Ländern ist man stolz auf die Entwicklung der Hauptstadt und bringt im Lande Opfer dafür. Hier spricht man von dem „Wasserlopf“ Berlin und hat, wenn von Berlin die Rede ist, nur Abweisung und Hohn und Spott. (Sehr wahr! links.) Berlin will ja das Tempelhofer Feld mit gutem Gelde bezahlen.

Wir müssen Klarheit haben, was nun eigentlich aus Berlin und seiner Entwicklung werden soll. Ich bitte den Herrn Minister, die Richtlinien zu zeigen, welche er in dieser Frage einschlagen gedenkt. (Bravo! links.) Redner wendet sich des weiteren gegen das Verlangen der Verhängung der Schaufenster an Sonn- und Feiertagen.

Minister v. Moltke: In den Jahren 1875 bis 1878 wurde von der Bildung einer Provinz Berlin gesprochen. Es kam ein Gesetz, das die Absicht hatte, Berlin, Charlottenburg und Teile von Teltow und Niederbarnim mit Berlin zu vereinen. Diese Vorlage ist aus der Kommission des Abgeordnetenhauses nicht herausgekommen. In dieser Zeit wurde dann Berlin durch die Provinzialordnung aus der Provinz ausgeschieden. 1891 bis 1896 beschäftigte man sich dann mit der Bildung eines Groß-Berlin durch Eingemeindung. Auf die damaligen Pläne einer Eingemeindung großen Stils ging Berlin nicht ein. Der Magistrat wies darauf hin, daß der Stadt dadurch große finanzielle Opfer erwüchsen, während ein eigenes Interesse Berlin nicht vorhanden sei. (Hört, hört! rechts.) Berlin wollte nur eine Grenzregulierung. Graf Eulenburg aber erklärte 1893, die Eingemeindung müsse umfangreicher sein. Er verbielt sich also nicht ablehnend. Der Wechsel im Ministerium und politische Erwägungen sind also in dieser Frage nicht maßgebend gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Inzwischen hat sich ein stanz selbständiger kommunaler Körper geschaffen, um Berlin gebildet. Man kam dann auf den Gedanken, ein Großberlin zu schaffen durch besondere administrative Einrichtungen, nicht durch kommunale. Infolgedessen wurde 1905 der Oberbürgermeister von Berlin aufgefordert, Vorschläge zu machen, dabei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, er habe abzuweichen von dem angegebenen Plan eines Großberlins aus dem Wege der Eingemeindung. In seinem Bericht hat er die Möglichkeit der Bildung von Zwangsverbänden, eventuell auf gleichem Wege, bemerkt, aber auch, daß die Eingemeindung für erproblicher hielte. Die Antwort hatte er erhalten, bevor neulich der Oberpräsident im Provinziallandtag Stellung genommen hat. Er ist also dadurch nicht überstraht worden. Ein Verbot an die umliegenden Gemeinden, mit Berlin zu verhandeln, ist meines Wissens nicht ergangen. Der Oberpräsident hat nur gesagt, es empfinde sich nicht, in solche Verhandlungen einzutreten, weil dadurch eine gewisse Unruhe erzeugt werde, die der Entwicklung der Vororte nicht günstig sei. Das ist meines Erachtens ganz richtig, aber ein Verbot kann ich darin nicht erblicken. Eine Grenzregulierung in kleinerem Umfang ist durchaus nicht ausgeschlossen; es scheitert auch derartige Verhandlungen. Was das Tempelhofer Feld anbetrifft, so ist in amtlicher Form eine Anregung an mich bisher überhaupt nicht herangekommen. (Hört, hört!) Ich bin also der Meinung, daß der Weg der Bildung von Zwangsverbänden durchaus gangbar ist, sei es auf privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Grundlage. Mit einem Zwangsverband auf dem Gebiete des Verkehrs ist ja jetzt der Versuch gemacht. Zu einer Vermittlung in dieser Richtung bin ich durchaus bereit. Eventuell wäre daran zu denken, die gezielten Bestimmungen über Zwangsverbände in Landgemeinden auf die Städte zu übertragen.

Abg. v. Bülow-Hornburg (natl.) tritt für die Schaffung eines einheitlichen Bebauungsplanes für Großberlin ein.
Ein Schlußantrag der Oppositionen — auf der Rednerliste steht nur noch der Abg. Cassel (fr. Sp.) — wird gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Cassel (fr. Sp.): Ich habe nicht gesagt, der Minister habe die Eingemeindung des Tempelhofer Feldes abgelehnt, sondern nur aus der Erklärung des Oberpräsidenten auf eine abschneidende Haltung des Ministers gegen dieses Projekt geschlossen.

Abg. Hammer (fr.): Das Tempelhofer Feld sind wir in Teltow viel besser geeignet in eine Gartenstadt umzuwandeln, als Berlin mit seiner durchaus nicht musterhaften Bodenpolitik.

Damit schließt die Debatte. Das Kapitel wird beihiligt.
Zu dem Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen“ liegt ein Antrag Barischer (fr.) vor auf Ausdehnung der für Bodum und Gelsenkirchen geplanten königlichen Polizei auf die Landkreise unter Trennung der Ämter des Landrats und des Polizeipräsidenten.

Abg. Barischer (fr.) begründet den Antrag im Interesse einer einheitlichen Handhabung der Sicherheitspolizei und der Möglichkeit raschen Eingreifens im Falle von Unruhen. Wenn auch die Streiks im allgemeinen friedlich verlaufen, so sind doch solche Unruhen nicht ausgeschlossen bei der Haltung der Reichsbanner, die es bedauerlicherweise ablehnen, mit den Arbeitern zu verhandeln.

Abg. Schmieding (natl.) Die Reichsbanner haben sich nicht gewillt, mit ihren Arbeitern zu verhandeln, sondern mit dem völlig politisch zusammengefügten Gebilde der sogenannten Siebenemissionsmission.

Abg. Rosenow (fr. Sp.) bringt erneut die beiden Fälle in Wiesbaden und Breslau zur Sprache, wo den freien religiösen Gemeinden die Annahme von Legaten nicht gestattet ist. Ein Grund zur Verweigerung liegt in beiden Fällen nicht vor, denn die Wiesbadener Gemeinde ist rechtsfähig und die Breslauer Gemeinde hat die Rechtsfähigkeit durch Eintragung in Offenbach in durchaus legaler Weise insoweit erlangt.

Minister v. Moltke erwidert, daß der Wiesbadener Fall insoweit erledigt sei. Gegenüber dem Breslauer Fall könnte er, soweit kein Refraktor in Betracht kommt, von dem ablehnenden Standpunkt nicht abgehen.

Abg. Geisler (fr.) wünscht polizeiliche Maßregeln gegen Unfälle durch die amerikanischen Luftschiffe.
Damit schließt die Debatte. Der Antrag wird angenommen.
Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr. (Außerdem Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.)

Schlaf: 5% Abz.

45. Sitzung, Donnerstag, 4. März, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Moltke.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel „Polizeidistriktskommissare in Bosen“.

Abg. v. Götter (fr.) wünscht Erhöhung der Dienstauswandsentschädigungen für diese Beamten.

Minister v. Moltke erwidert, daß die Ermittlungen zur Prüfung dieser Frage noch nicht zum Abschluß gekommen wären.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Landgendarmen“ tritt

Abg. Schultze-Pellum (fr.) für die Besserstellung der Gendarmen ein.

Abg. Wambhoff (natl.) betont die Notwendigkeit, der Gendarmen Polizeibunde zur Verfügung zu stellen.

Ein Regierungskommissar sagt Erwägung dieses Wunsches zu.

Zum Kapitel „Allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei“ beantragt die Abg. Vorjmann (Soz.) u. Gen., den Titel „Geheime Ausgaben im Interesse der Polizei“ 300 000 Mk. zu streichen.

Abg. Ströbel (Soz.): Die in diesem Titel vorgesehene Ausgabe dient nicht der Ermittlung von Verbrechen, sondern politischen Zwecken. In den vier Jahren waren es auch sogar

Nationalliberale, welche sich gegen diese Ausgabe wandten. Sie führten aus, daß die Regierung eines solchen Fonds nicht bedürfe, daß aber die Regierung, welche eines solchen Fonds bedürfe, nicht wert sei, zu existieren. Ich weiß nicht, ob das auch heute noch der Standpunkt der Nationalliberalen ist. Die Abstimmung wird es ja beweisen. Die Vorgänger des Freisinnigen standen selbstverständlich ebenfalls auf diesem Standpunkt. Waldeck erklärte diesen Fonds für unmoralisch und bestritt, daß er einen wesentlichen Vorteil für den Staat bedeute. Auch Eugen Richter forderte die Streichung dieses Fonds, der damals erst 120 000 Mk. betrug. Vom Zentrum erklärte sich Reichsberger 1865 für diesen Fonds. Im Kulturkampf aber veränderte sich die Haltung des Zentrums. (Hört, hört! bei den Soz.) Am 28. Januar 1874 erklärte Windthorst emphatisch, daß das Zentrum jeden Freisinn ablehne, für den die Regierung eine Rechenschaft zu geben nicht in der Lage sei. Die Regierung erklärte früher, daß der Fonds nötig sei zur Bekämpfung und Überwachung der Anarchisten. Diese Überwachung ist wirklich überflüssig. Bei uns in Deutschland gibt es gar keine Anarchisten im Sinne der Medien und der Regierung. Wir haben keine Gewaltanarchisten, höchstens einige Edelanarchisten, die eine durchaus harmlose Erscheinung sind. Wenn man sie trotzdem überwacht und bestraft, so gibt man ihnen nur ein Relief nach außen, eine Bedeutung, die sie nicht haben. Es scheint freilich, als ob man die Anarchisten künstlich großpöppeln will, um sie gegen die Sozialdemokratie auszunutzen. Ebenso wenig braucht der ausländische Anarchismus überwacht zu werden, von dem man in den letzten Jahren gar nichts mehr gehört hat. Man mühte denn an Rußland denken, wo aber der sogenannte Anarchismus einfach die selbstverständliche Begleitercheinung der russischen Zustände ist. Diese Überwachung führt höchstens zu dem Anwerben der Agents provocateurs. Ich erinnere an den Spindel Schröder in der Schweiz, von dem nachgemeldet wurde, daß er von Berlin aus monatlich 200 bis 250 Mk. erhielt. Bei ihm wurde Dynamit gefunden, er hegte die Arbeiter durch Reden auf, und empfahl ihnen als einziges Mittel der Rettung die Propaganda der Tat. Es ist auch bewiesen worden, daß dieser Spindel die anarchistische „Freiheit“ bezahlte. (Hört, hört! bei den Soz.) Es ist klar, daß diese Polizeispindel die allerbedenklichsten Elemente sind, die leicht dazu kommen, etwas in Szene zu setzen, wo nichts vorhanden ist, um sich die polizeiliche Subvention auf die Dauer zu sichern, und die vor dem Krupelsteifen Vorgehen nicht zurücktreten. Das hat ja auch der Ledert-Lühnow-Prozess im Jahre 1896 zur Genüge bewiesen. Damals sah sich der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr Marichall v. Piebstein, vor den Nachforschungen dieser Spindel genötigt, in die Öffentlichkeit zu flüchten. Er wurde von ihnen verdächtigt, gegen andere Beamtengruppen konspiriert zu haben, es wurde aber gerichtlich festgestellt, daß diese Behauptungen von den Polizeispindeln aus den Fingern gezogen worden waren. (Hört, hört! bei den Soz.) Interessant war auch die Entlarvung des Normann-Schumann, der nach Leipzig geschickt wurde, um die Bewegung der antisemitischen Partei zu überwachen. Sie sehen, auch gegen diese Partei hat man die Spindel gebraucht. In welcher unerhörten Weise die Mittel aus diesem Fonds benutzt werden, beweist auch der im Reichstag vorgebrachte Fall des russischen Karimanns in Schöneberg, der einen Ausweisungsbefehl erhielt, und dem dann als Bedingung der Zurücknahme dieses Befehls gestellt wurde, daß er landesverräterische Dienste gegen sein Vaterland, Rußland, leisten solle. (Hört, hört! bei den Soz.) Dazu wurde ihm von der Polizei noch ein falscher Paß ausgestellt. (Hört, hört!) Für solche Fälschungen sollen wir 300 000 Mk. bewilligen! Wie ein Teil dieser Summe in unsere Parteilasse fließt, hat ja mein Freund Dirich dargelegt. Ihm gegenüber hat der Herr Minister die Spindel für notwendig zur Überwachung der Sozialdemokratie erklärt, die nicht so harmlos sei, wie sie sich hingestellt pflegte. Die von ihm und Herrn Stroffer verleierte Fiktion beweisen aber nicht im geringsten, daß die Sozialdemokratie eine gewalttätige Revolution beabsichtige, sie zeigen nur, daß wir mit höchstem Eifer die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland und Preußen verfolgen. Dafür, daß die Sozialdemokratie beabsichtigt, in friedlicher organischer Weise die Zustände zu reformieren, legen die theoretischen Schriften unserer Partei auf jedem Blatt Zeugnis ab. Wenn auf der anderen Seite von uns betont wird, daß die Sozialdemokratie eventuell mit Konflikten rechnen muß, so stellen wir damit nur fest, daß es allerdings nicht den Anschein hat, als ob die herrschenden Klassen auf ihre Privilegien freiwillig verzichten würden. Sie können doch nicht verlangen, daß im Interesse der erzreaktionären Junker die ganze Weltgeschichte still steht. Sie können nicht verlangen, daß die Masse des Volkes sich einfach dem Widerstand der 20 000 Junker fügt, die allerdings eine große wirtschaftliche Macht besitzen, die mehr als ein Drittel des Bodens ihr eigen nennen und als deren Gefangene sich selbst die Krone betrachten. (Lachen rechts.) Wir bekämpfen sie mit friedlichen, geistigen Mitteln. (Lachen rechts.) Kommen Sie doch in unsere Versammlungen! Aber Sie stehen es vor, uns die Säle abzutreten, uns mit Polizeischritten zu belästigen, weil Sie elend Schiffbruch erleiden würden, wenn Sie sich auf erbliche Dispositionen mit uns einlassen würden. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Der Herr Minister wies auch auf unsere Straßendemonstrationen hin, die ein Abweichen von den gesetzlichen Wegen seien. Wir verlangen auch auf diesem Gebiete nur gleiches Recht wie die bestehenden Klassen. Ich erinnere an die Straßendemonstrationen im Januar und Februar 1906, wo sogar in einer nicht angemeldeten Versammlung eine Rede zum Fenster hinaus von Wilhelm II. gehalten wurde.

Präsident v. Moltke: Soweit es irgend nötig ist, will ich Ihnen gestatten. Seine Majestät den Kaiser und König zu erwähnen, wenn Sie es aber tun wollen, dann bitte ich Sie, es in offener Form zu tun. Diese Form halte ich nur dann für gewahrt, wenn außer dem Namen des Kaisers auch seine Würde bezeichnet wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Ströbel (Soz., fortsetzend): Also die Sozialdemokratie verlangt nur, daß ihr das gleiche Recht gewährt wird, wie den bestehenden Klassen. In dem Gebrauch dieses Rechts auf Straßendemonstrationen wird sie sich durch alle Drohungen vom Ministerium, daß die Polizei die Waffen habe, um sie zu gebrauchen, nicht einschüchtern lassen. Waren doch diese Drohungen nur das Echo der Hebriden im Ritzus Buch. (Sehr gut! bei den Soz.) — Was die Unruhen bei den letzten Straßendemonstrationen anbetrifft, auf die der Minister hinwies, so betone ich, daß diese Demonstrationen spontan entstanden sind. Niemand hat daran gedacht, daß sich in diese Versammlungen der Arbeitslosen, deren Termin lange vorher anberaumt war, der Tag des Einzuges des Königs von England bekannt war, Demonstrationen anschließen würden. — Der Herr Minister verlangte, wir sollten den Nachweis führen, daß Polizeibeamte bei den Demonstrationen als Agents provocateurs gewirkt hätten. Wir wollten den Nachweis vor Gericht führen, aber den Polizeibeamten wurde vom Polizeipräsidenten die Aussage verboten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Uebrigens hat ja der Abg. Dr. Senba den altenmäzigen Beweis erbracht, daß in der Tat Einzelne von Polizeibeamten angesetzt worden sind. Wir werden das nächste Mal den Rat des Polizeipräsidenten an die Berliner Bevölkerung befehlen und werden die Polizeispindel mit Wohlbehagen damit jeder sie erkennen kann. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich bitte Sie, aus volkstümlichem Antipathiegefühl und im Interesse der moralischen Sauberkeit, sowie aus der einfachsten

politischen Klugheit heraus endlich mit dem Polizeipräsidenten zu brechen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. v. Arnim (kon.): Ich teile Mitteilungen von Vöbel, Viehnicht und Singer, um zu beweisen, daß die Sozialdemokratie die gewalttätige Revolution wolle, und bestreitet, daß es in Preußen noch irgend eine Klasse gibt, die besondere Belästigung hat. (Rufen bei den Soz.)

Abg. Strosch (kon.): Es hat noch nie eine Partei gegeben, die so wenig mit geistigen Waffen gekämpft hat, wie die Sozialdemokratie. Die brutale Macht ist in den Vordergrund gestellt. (Zuruf bei den Soz.: Die haben wir ja gar nicht!) Ich habe oft versucht, sachlich in Ihren Versammlungen zu diskutieren, aber man hat es mir durch Gebrüll und Niederreißen unmöglich gemacht. Meinen Vorwurf, daß es auch in Ihrer Partei Vöbel gibt, haben Sie nicht zurückweisen können. Es gehört Ihre Stille dazu, um die von uns vorgebrachten Tatsachen abzuleugnen. (Bravo! rechts.)

Präsident v. Krosch: Den Ausdruck: „Es gehört Ihre Stille dazu“ auf ein Mitglied des Hauses angewandt, will ich nicht als direkt hohnstößend bezeichnen, aber er gefällt mir nicht. (Heiterkeit.)

Abg. v. Arnim (kon.) kommt noch einmal auf den vom Abg. Dr. Seppa schon erwähnten Fall der Entlassung eines provokatorisch tätig gewesenen Polizeipräsidenten zurück. Er erklärt, daß die provokatorische Tätigkeit dieses Spieß nach den in seinen Händen befindlichen Akten erwiesen sei. Wenn der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern in seinen Akten diesen Beweis nicht gefunden habe, so müßten zwei Akten vorhanden sein.

Der Antrag v. v. S. wird hierauf gegen die Stimmen der Freikämmerer, Polen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Beim Titel „Zusätze an die Kommunalverbände zur Ausführung des Fürsorge-Erziehungsgesetzes“ betont

Abg. Schmedding (Zit.) die Wichtigkeit der Religion bei der Fürsorgeerziehung und bedauert, daß die Familien-Fürsorgeerziehung nicht in größerem Umfange Anwendung findet.

Abg. Strosch (kon.): Der Bericht über die Ausführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes betont mit Recht, daß Kinder in idyllischen Familien, die sich Vergehen zuschulden kommen lassen, nicht in das Gefängnis gehören, sondern in eine gut geleitete Erziehungsanstalt oder in die Familien-erziehung. Das ist ein Gedanke, den wir seit langen Jahren vertreten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Bericht beweist auch, daß die Verwahrlosung der Kinder vielfach eine Folge der sozialen Not ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) 75 Prozent der betreffenden Eltern haben weniger als 900 Mark Einkommen. Die Hauptsache ist daher die Beseitigung der Ursachen der sozialen Not. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die Löhne erhöht und die Arbeitszeit verkürzt wird, können die Väter sich mehr um die Familie kümmern, und die Frauen brauchen nicht außerhalb der Arbeit zu gehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) 48 Prozent der weiblichen Böglinge waren vorher Dienstmädchen. (Hört, hört! bei den Soz.) Dabei ist zu berücksichtigen, daß das sittliche Niveau der Dienstmädchen dem der Dienstherrschin entsprechen wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch aus dem Handwörterbuch vieler Fürsorgeerziehungsanstalten, was beweist, daß das Handwerk seinen Aufgaben gegenüber den Böglingen nicht in vollem Umfange gerecht wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Bericht empfiehlt demgegenüber die Förderung des Sports und die Ausgestaltung des Fortbildungswezens. Wir haben gewiß nichts dagegen, aber dann sollte man auch die lächerlichen Schikanen gegen Arbeiterkinder unterlassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bezeichnend ist, daß die Väter, Kellner, also die Berufsleute, in denen die patriarchalische Willkür am wenigsten durch Arbeiterorganisationen eingeschränkt ist, das härteste Kontingent zu den Böglingen stellen. (Hört, hört! bei den Soz.) Ueber den Prozent der Geistkranken in der Fürsorgeerziehung sollen genaue Ermittlungen angestellt werden. Es muß nach Möglichkeit vermieden werden, daß geistig Anormale in das Gefängnis kommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ueber die Disziplin finden sich in dem Bericht sehr vernünftige Grundzüge. Es wird betont, daß durch tätige Zureden das Vertrauen der Böglinge gewonnen werden muß und daß nur im alleräußersten Falle zur Prügelstrafe Zuflucht genommen werden soll. Leider scheint man in den Privatanstalten diese Grundzüge nicht zu beachten, wie neuerdings der Rheiner Fall bewiesen hat. Die privaten Anstalten müssen häufiger und gründlicher revidiert werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es sollte weniger Gewicht auf die Anwesenheit der Religion als auf die geistige und körperliche Ausbildung der Böglinge gelegt werden. Die Hauptsache ist, wie gesagt, die Beseitigung der sozialen Uebel, die die Fürsorgeerziehung notwendig machen. Das kann geschehen, wenn man den Bestrebungen des Volkes auf Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen möglichst Rechnung trägt. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. v. List (Fr. Vp.): Die Fürsorgeerziehung tritt in den meisten Fällen zu spät ein. (Sehr richtig! links.) Am besten wäre es, wenn ihre Grundlinien für das ganze Reich festgelegt würden. Eine ausreichende Ueberwachung insbesondere der Privatanstalten ist bei dem heutigen System nicht durchführbar. In diesem Zweck sollten Aufsichtskommissionen eingesetzt werden, die auch für einen Ausbau der Familien-erziehung zu sorgen hätten. (Bravo! links.)

Der Rest des Etats wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Der Antrag Dr. S. (kon.) und Genossen auf Befreiung der Legationsskizzen für ausländische Saisonarbeiter wird der Agrarkommission überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Handelsstat.)

Schluss: 5 1/2 Uhr.

Parteinachrichten.

Vom Straßentor der Presse. Wegen formaler Beleidigung eines Zeitungsleiters aus der Umgegend Düsseldorf wurde Genosse Emil Müller als verantwortlicher Redakteur der „Düsseldorfer Volkszeitung“ zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um die Kritik von Verhältnissen. Der Wahrheitsbeweis wurde als erbracht angesehen; der Angeklagte ist aber in der Form zu weit gegangen.

Das Schöffengericht zu Magdeburg verurteilte den Genossen Wilhelm Hoch wegen Schmutzrede auf einem Tages-Gesangs, weil er am 24. Januar bei den Wahlrechtsdemonstrationen, empört über das Vorgehen der Schutleute, gerufen haben sollte: „Euch Plutenden, euch wollen wir es schon beweisen!“ In der Urteilsbegründung hieß es, daß derjenige, der die Politik auf die Straße trüge, auch die Konsequenzen zu tragen habe.

Ein Jubiläum der Koburger Parteioorganisation. Die sozialdemokratische Parteioorganisation im Herzogtum Koburg bildet gegenwärtig auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurück. In den ersten Tagen des Jahres 1884 erfolgte die Gründung. Als die Wahlen zum Reichstage im Jahre 1884 ausgeschrieben waren, beschloß der Koburger Genosse den damaligen Kammergerichtspräsidenten Vierdel als Kandidaten aufzustellen. Vierdel kandidierte im Sonnenberger Kreis und nahm die Kandidatur auch in Koburg an. Den damaligen Verhältnissen gemäß, gründeten die paar Genossen einen „Wahlverein zur Erzielung sozialistischer Wahlen“, der dann seine Tätigkeit während des Wahlkampfes fortsetzte, bis aus dem Wahlverein nach dem Fall des Schandgesetzes sich die heutige Landesorganisation bildete. Diese weist heute über 700 im Herzogtum Koburg verteilte Genossen und Genossinnen als Mitglieder auf.

Gewerkschaftsbewegung.

Noch eine Tarifkündigung im Maschinen- und Seiger-Verband. Der Arbeitgeberverband des Saalegebietes Mann-heim-Ludwigshafen G. V. hat unter dem 27. Februar dieses Jahres den im Jahre 1907 mit dem Zentralverband der

Maschinen- und Seiger abgeschlossenen Tarifvertrag für die Schiffsmaschinen- und Seiger gekündigt. Wenn der Zentralverband der Maschinen- und Seiger in eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einwilligt und den Ablauf des Tarifvertrags auf 31. Dezember 1911 versetzt, will der Arbeitgeberverband den so gekündigten Tarif bis zu genanntem Zeitpunkt weiterlaufen lassen.

Das Ende eines Bruderkrieges. Vorigen Herbst splittete sich eine Anzahl Schiffsmaschinen- und Seiger der Fabrikstelle Hüttrich des Zentralverbandes von diesem ab und gründete eine „Internationale Vereinigung der Maschinen- und Seiger“. Der Grund hierzu lag angeblich in verschiedenen Maßnahmen des Vorstandes des Zentralverbandes. Die ca. 200 Mitglieder zählende Vereinigung hat sich nun dieser Tage wieder zum Zentralverband der Maschinen- und Seiger angeschlossen.

Arbeitslose Eisenbahner. In Pforzheim und in Schwenningen bei Mannheim sind in voriger Woche eine Anzahl schon lange bei der Bahn beschäftigter Arbeiter entlassen worden. Der badische Parteitag der Sozialdemokratie forderte in einer Resolution die Generaldirektion auf, für anderweitige Arbeitsgelegenheit zu sorgen; eine Versammlung christlicher Eisenbahner bedauerte, daß in der jetzigen Zeit, wo die Kommunen überall Notstandsarbeiten verrichten lassen, von dem Staate in entgegengesetzter Weise verfahren wird und Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. Den Unternehmern von Eisenbahnbauten solle zur Pflicht gemacht werden, nur solche Arbeiter einzustellen, die beim Eisenbahndienst wegen Arbeitsmangel entlassen worden sind.

Ein Streik um längere (!) Arbeitszeit. In der Steinplattenfabrik Vereinigte Geroltsweiler in Gernsbach bei Trier haben kürzlich die im katholischen Arbeiterverein (Fachorganisation Berlin-Trierer Richtung) „organisierten“ Arbeiter gestreikt. Die Arbeit wurde aber ergebnislos wieder aufgenommen. In einer Versammlung beschloß die Arbeiter, der Betriebsleitung ihre Wünsche vorzutragen. Einer dieser „Wünsche“ lautet gemäß dem Bericht der „Trierischen Landeszeitung“: „Die Arbeit soll nicht 9, sondern 12 Stunden dauern, damit die Leute vollen Tagelohn hätten“. So lehrte die Frucht der herrlichen „Aufklärung“ aus.

Der Weberstreik im Eulengebirge. Den Webern und Weberinnen der Firma Vereinigte Duntwiler, vormals V. Neugebauer Söhne und Karl Postpischil, in Langenbielau ist ein Kampf ausgebrochen, der von der gesamten Arbeiterkategorie dieses Betriebes mit jenseitiger Energie und Opferbereitschaft durchgeführt wird. Es streikten zunächst 312 Weber und Weberinnen. Die Hilfsarbeiter, wie Spinner, Scherer und Andreherinnen müssen jetzt, da keine Arbeit für sie im Betriebe vorhanden ist. Die Kündigungsfrist der letzteren läuft am Sonnabend, 6. März 1909, ab. Dann stehen rund 600 Arbeiter im Kampfe. Und warum das alles? Weil eine Anzahl Familien der bestehenden Klassen glauben, ihre Lebenshaltung trotz der Krise standesgemäß fortsetzen zu müssen. Dagegen haben zwar die Arbeiter nichts einzuwenden, aber es darf nicht auf Kosten einer ausgehungerten Arbeiterkategorie geschehen. In diesem Betriebe haben sich 10 Familien aufgemacht, mit einem Stammkapital von 1 Million Mark. Aus den 600 Arbeitern wollen sie nun ein erlesenes Stämmchen herauswählen, damit „sie“ keine „Not“ leiden brauchen. An Kapital haben eingebracht: Gustav Postpischil 400 000 Mark, Heinrich Postpischil 400 000 Mark, Bruno Postpischil 37 000 Mark, Karl Postpischil 40 000 Mark, Joseph Frohlich 43 000 Mark, Witwe Anna Neugebauer 248 000 Mark, Altona Neugebauer 133 000 Mark, Bernhard Neugebauer 133 000 Mark, Elinore Richter geb. Neugebauer 143 000 Mark, Herbert Neugebauer 143 000 Mark. Selbstverständlich wird auch der Gewinn der eingekauften Summe entsprechend verteilt. Nun wollen die Postpischil'schen Familien doch auch nicht zu kurz kommen und es ist speziell Herr Gustav Postpischil mit nur 40 000 Mark Einlage, der den Hungerstreich durchdrücken will. In diesen zehn Patriarchenfamilien stellen sich neben den anderen gut bezahlten Beamten noch zwei Direktoren. Es sind dies Herr Betriebsdirektor Lange mit 12 000 Mark Jahresgehalt und Herr Kontordirektor Lange mit 12 000 Mark Jahresgehalt. Das alles muß von diesen wenigen Arbeitern herausgeholt werden. Die Weber haben sich im Jahre 1908 ca. drei Vierteljahr bei viereinhalbtagiger Arbeitszeit durchgehungen, in der Hoffnung, daß eine baldige Besserung eintreten werde. 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie verließen im Jahre 1908 Langenbielau, um in einem anderen „Vaterlande“ eine bessere Heimat zu suchen. Im Januar 1909 wurde wieder volle Arbeitszeit eingeführt. Alles armete auf. Gatten doch oft Mann und Frau zusammen nicht mehr als 7 bis 10 Mark in der schmerzhaften Zeit der Krise verdient. Da kam die Fusion Neugebauer-Postpischil zustande, deren erste Tat der Jagen, Nachschick (nach Direktor Lange genannt) war. Dieser neue Tarif brachte Lohnabzüge von 15 bis 30 Prozent. Durch Verhandlungen wurden einige Verbesserungen erreicht. Immerhin beträgt der Lohnabzug noch 1 bis 3 Mark pro Woche. Wo die Frauen mit auf Arbeit gehen müssen, werden für zwei Kinder 6 bis 7 Mark Pflegegeld bezahlt. Durch schlechtes Schuh- und Bettmaterial wird der Verdienst der Weber noch ganz erheblich verkleinert. In den 20 Jahren hat die Firma 14 Direktoren verwechselt. Jeder Direktor brachte neue Ansichten, neue Einrichtungen mit. Dieser wurde e aber nicht. Am 15. Februar 1909 traten nun, da die Firma weitere Ruhezustände nicht machte, die Weber und Weberinnen in den Ausstand. Bis auf eine Weberin haben sich alle, auch die Unorganisierten, die Aufseherinnen und sogar die Mitglieder der katholischen Fachabteilung dem Streik angeschlossen. Eine Einmütigkeit, wie sie noch nie zu erreichen war. Trotz der Hundstöße stehen täglich 144 Personen je eine Stunde Streikposten. Die Geschäftsleute in der Nähe der Fabrik unterstützen die Streikposten mit warmem Kaffee, Gebäck, Butter, Wurstbrühe, warmem und kaltem Korn, Zigarren usw. Gleich nach Beginn des Streiks bezog eine Abteilung Polizeibeamte in einer Stärke von vier bis fünf Mann die fernestehende alte Schule neben der Fabrik. Diese Leute haben aber nichts zu tun. Nur die Rufe hören ihnen beim Patrouillieren. Kaum hat sich das Direktorat am 15. v. M. hinter Wohnung eingeschlossen, wurde den Webern, die eine Fabrik-Firma nicht sich in der Öffentlichkeit rein zu waschen durch eine Notiz, die sich in die „Schlesische Zeitung“ lanciert hat und in welcher sie dreist behauptet, die Weber seien in den Ausstand getreten, obwohl ihnen auf den neu eingeführten, ortsüblichen Reichsbacher Lohnstarif eine erhebliche Aufbesserung zuerkannt worden war. Man frägt es fertig, aus forrenden Lohnabzügen erhebliche Aufbesserungen zu machen. Es ist unerbötlich, wie auf diese Weise die öffentliche Meinung zugunsten der armen darbenenden Arbeiterkategorie beeinflusst werden soll. Der Reichsbacher Tarif ist wieder in Langenbielau „ortsüblich“, noch ist er in einer Fabrik außerhalb Reichsbachs in Kraft. Der Reichsbacher Tarif enthält den sehr wichtigen Passus: „So bisher höhere Löhne gewährt wurden, als der Tarif forderte, bleiben dieselben bestehen.“ Wenn die „Vereinigte Duntwiler“ diesen Zusatz ebenfalls in ihren Tarif aufnehmen würde, könnte eine Verhöhnung herbeigeführt werden. Anmütigen haben nun sämtliche Hilfsarbeiter, wie Spinner, Scherer, Andreher, sowie das Personal der Färberei und Appretur zum Ausritt am 6. März 1909 gekündigt bekommen, wodurch die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten sich auf 800 erhöht wird. Die Verhandlungen, welche Herr Gewerkschaftsleiter Reichsbach veranlaßt hatte, sind wegen der ablehnenden Haltung der Firma ergebnislos verlaufen. Die Weber wollen ihren alten Lohnstarif hochhalten. Sie sind hoffnungsfroh und erwarten von auswärtigen nichts als strenge Solidarität. Das Langenbielauer Gewerkschaftsblatt hat bereits 800 Mark zu außerordentlichen Unterstützungsmitteln flüssig gemacht und wird außerdem noch eine freiwillige Sammlung vornehmen lassen. Die Nachherung, mit der dieser Kampf, der im wahren Sinne des Wortes ein heroischer Kampf ist, von Seiten der Arbeiterkategorie, hat hoffentlich für die Arbeiterkategorie den gewünschten Erfolg.

Aus der Nachbarschaft.

* Schömar, 3. März. In dem Bericht in Nr. 45 über die Versammlung des Schweineversicherungs-Vereins für Schömar und Umgegend bringen wir heute das amtliche Resultat der von der Landwirtschaftlichen Untersuchungsstation Münster untersuchten Futterstoffe:

Nr.	Händler	Von wem bezogen	Gehalt in %	Bemerkungen
1	B. Venzner, hier	But, Herford	Protein 13,45 Fett 2,69	Das Vollmehl ist rein, jedoch mit Milben befallen.
2	Dr. Meemann, Altronge, Lage	hier	Protein 12,24 Fett 1,70	Das Gerstenschrot ist rein, jedoch mit Milben befallen.
3	Gleue, hier	do.	Protein 19,08 Fett 4,53	Das Futtermittel ist ein zahlreich Brandspuren enthaltendes Gemisch von Roggen- und Weizenkleie und m. Milben befallen.
4	L. Althof, hier	Niedermühle Blotho	Protein 8,41 Fett 2,25	Das Maischrot ist rein, aber mit Milben befallen.
5	M. Stewete, hier	Gleue, hier	Protein 15,25 Fett 4,39	Die Roggenkleie enthält außer Weizenkleie und zahlreich Brandspuren große Mengen von Erdmüll und ist daher als Futtermittel zu verwerfen. Auch Milben waren vorhanden.
6	Adler, hier	Adler, hier	Protein 12,01 Fett 3,62	Die Roggenkleie enthält Roggenbeizmittel, Brandspuren, Erdmüll und ist daher als Futtermittel zu verwerfen. Auch Milben waren vorhanden.
7	A. Brotschmitt, hier	Schnelle	Protein 10,55 Fett 1,70	Das Roggenchrot ist rein, aber mit Milben befallen.
8	Böhle, Chriesen	von ihm selbst	Protein 18,49 Fett 2,84	Der Weizenbrand ist rein, aber mit Milben befallen.
9	Schnelle	von ihm selbst	Protein 15,49 Fett 4,72	Das Vollmehl ist rein, aber mit Milben befallen.
10	Schnelle	von ihm selbst	Protein 15,49 Fett 4,72	Das Vollmehl ist rein, aber mit Milben befallen.
11	Schnelle	But, Lage	Protein 12,49 Fett 7,99	Das Weizenmehl ist rein.
12	Klumeier	von ihm selbst	Protein 15,13 Fett 3,46	Das Futtermittel ist eine Schrotmischung von verschiedenen Körnern (Hafer u. Gerste). Ist auch mit Milben befallen.
13	Bracht	Krügermeier, Lage	Protein 15,73 Fett 3,46	Das Weizenmehl ist rein, aber mit Milben befallen.
14	Bedmann, Knetterheide	Gleue, Schömar	Protein 11,41 Fett 3,43	Das Haferchrot ist rein, aber mit Milben befallen.
15	Vollhöfer, Knetterheide	Niemann, Niederbezen	Protein 13,56 Fett 2,55	Das Gerstenschrot ist rein, aber mit Milben befallen.
16	Feiditz, Knetterheide	Koch, Deynshausen	Protein 14,89 Fett 3,08	Das Vollmehl ist rein, aber mit Milben befallen.
17	Amrhein, Knetterheide	Gleue, Schömar	Protein 18,37 Fett 3,94	do.
18	Wölje, Berl	von ihm selbst	Protein 15,01 Fett 2,91	Das Gerstenschrot ist rein, aber mit Milben befallen.
19	Remert, Berl	Tietzer, Schöne Herford	Protein 13,81 Fett 2,71	Das Vollmehl ist rein, aber mit Milben befallen.

Hiernach braucht sich niemand mehr zu wundern, wenn fortwährend Schweine sterben. Ein Strafverfahren hat die Staatsanwaltschaft abgelehnt, weil der Täter nicht zu ermitteln sei.

* Salzhausen, 3. März. Stadtorbnetenitzung vom Dienstag, 2. März. Angelegenheit Kindsgab. Nachdem Kindsgab sich bereit erklärt hat, statt 100 150 Mark als Pachtsumme zu zahlen, erklärt sich die Versammlung mit der Verpachtung an ihn einverstanden. — 2. Auf der 2. Grodermann'schen Haies. Ueber den Ankauf dieser Pachtung hat der Magistrat mit der Witwe Grodermann einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem für die Pachtung 30 000 Mark gezahlt werden sollen. Die Pachtung befindet sich östlich der Salze und es ist dort eine Straße projektiert. Eine Petition von über 100 Anwohnern, die westlich der Salze wohnen, erklärt sich gegen den Ankauf, damit der Verkehr aus dem von ihnen bewohnten Stadtteil nicht fortgesetzt wird. Nach längerer Debatte, in der einige Stadtorbneten für, andere gegen den Ankauf sprachen, wird die Beschaffung hierüber bis zur nächsten Sitzung vertagt. Genosse Reichmann ist gegen den Ankauf, da sich dort etwas Ordentliches nicht schaffen ließe. — Für eine Schreibhilfe für den Stadtrechtsmeister werden 600 Mark bewilligt, und für eine solche für das Magistratsbureau 900 Mark. — Die Etatsberatung, welche auf der Tagesordnung stand, wurde ausgesetzt, da die Finanzkommission in Folge des Fehlens von Rechnungen die Beratung noch nicht hat zu Ende führen können. — Es wird dann folgendes Schreiben verlesen, das der Versammlung zugegangen ist:

An die Stadtorbnetenversammlung, hierseits.

Die nachstehend unterzeichneten Stadtorbneten richten hiermit an die Stadtorbnetenversammlung die Bitte, in der heute abend stattfindenden Sitzung den Vorstand zu ermächtigen, ein Schreiben an die augenblicklich in Detmold verhafteten hiesigen Landtagsabgeordneten mit dem Ersuchen zu richten, hinsichtlich der Wertwachstumssteuer noch in der vorliegenden Legislaturperiode eine Umänderung der §§ 90 und 91 der Stadtorbnetenordnung herbeizuführen, oder eine landesgesetzliche Bestimmung zur Ermöglichung der Einführung einer Wertwachstumssteuer zu treffen.

Die Stadtorbneten. (Folgen 7 Unterzeichneten.)

Es wird einstimmig beschlossen, eine entsprechende Eingabe an den Landtag zu senden. — In der darauf folgenden gemeinschaftlichen vertraulichen Besprechung, in der man sich mit der Wahl eines Stadtrechtsmeisters und eines Krankenhaus- und Armenarztes beschäftigte, ist eine Beschlußfassung nicht erfolgt.

für den Stadtrechtsmeister Wahl. Die Kommission einmal befragen. Die Wahlen werden, da man sie konnte, und sämtliche hiesigen Verhältnisse nicht betrachten konnte, den Werten noch einmal.

* Hamm, 4. März. bereits berichtigten Notiz



Kon

in schw

in gross

Bielefeld

Verein für okkulte For

Sonnabend, 6. März

findet im Saale der Harn

Lehrstuhl, ein

Portra

mit dem Thema:

= Der Spiritismus

unbekannte Naturwiss

hat.

Eintritt frei. währ

Be

in nur b

lie

billigs

Gebr.

Bielefeld.

ast.
Nr. 45 über die
-Verfahren für
die das amtliche
den Unterfu-
che Stoffe:

Bemerkungen

Das Vollmehl ist
rein, jedoch mit
Milben befallen.
Das Gerstenschrot
ist rein, jedoch mit
Milben befallen.

Das Futtermittel ist
ein zahlreiches
Brandspuren ent-
haltendes Gemisch
von Roggen- und
Weizenkleie und
m. Milben befallen.

Das Maischrot ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Die Roggenkleie
enthält außer
Weizenkleie und
zählreich Brand-
spuren große
Mengen von Erd-
nusschalen und ist
daher als ver-
fälscht zu be-
zeichnen. Auch
Milben waren
vorhanden.

Die Roggenkleie
enthält Roggen-
beizantelle, Brand-
spuren, Erdnusschalen
und ist daher ge-
fälscht, auch Mil-
ben waren vor-
handen.

Das Roggenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.
Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.

Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.

Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.

Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.

Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.

Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.

Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.

Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.

Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.

Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.

Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.

Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.

Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.

Das Vollmehl ist
rein, aber mit
Milben befallen.
Das Weizenchrot
ist rein, aber mit
Milben befallen.

für den Stadtbaumeisterposten stehen 3 Bewerber zur engeren
Wahl. Die Kommission soll sich mit dieser Angelegenheit noch
einmal befassen. Die Wahl der Vergütungen konnte nicht vorgenom-
men werden, da man sich über die Gehaltsfrage nicht einigen
konnte, und sämtliche hiesige Vergütungen in einer Eingabe vom vor-
rigen Herbst Bedingungen gestellt hatten, denen die Verammlung
nicht beitreten konnte. Der Magistrat wurde beauftragt, mit
den Vergütungen noch einmal Rücksprache zu nehmen.

* Samst. 4. März. Zu der auch von uns gebrachten, jedoch
bereits berichtigten Notiz über die Klage, nach der Witwen der

auf „Kabbob“ Verunglückten einen Dortmunder Rechtsanwalt
beauftragt haben sollten, gegen den Kronprinzen und den
Oberpräsidenten von Westfalen die Klage wegen
Verausgabe der gesammelten Unterhaltungs-
gelder zu erheben, erklärte im Auftrage des Kronprinzen
dessen Hofmarschall Graf von Bismarck-Dohlen einem Mit-
arbeiter des „Berl. Tageblatt“: Der Kronprinz übergab dem
geheimlichen Ausschuss das Verfügungsrecht der bei dem Schiffs-
hauenschen Bankverein deponierten Summe, die dann von der
Bank an die Stadtsparkasse der Stadt Samst zur Verfügung des
Ausschusses überwiesen wurde. Mit der Übergabe der Summe

an den geheimeren Arbeiterausschuss war jegliches weitere Ver-
fügungsrecht seitens des Kronprinzen erloschen. Der Kronprinz
war niemals Protektor oder Ehrenpräsident des Zentralkomitees
für die Hinterbliebenen der auf der „Kabbob“ verun-
glückten Bergleute.

* Medlinghausen, 4. März. Die finanzielle Lage
„Wastrop“ ist in Gefahr, zu erstarren. Das unbehaltene
eindringende Wasser hat die unteren Sohlen überflutet und
steigt ununterbrochen. Alle Arbeiten unter Tag sind eingestellt.
Sämtliche Werke sind zutage gefördert. 200 Bergleute mühen
entlohnt werden.



Konfirmanden-Anzüge

in schwarzen, blauen und dunkel gemusterten Stoffen
von Mk. 7,— bis 40,—

Hüte

in grosser Auswahl und neuen kleidsamen Fassons
von Mk. 1.10 bis 3.50

Bielefeld **H. Hettlage** Münster i. W.

Verein für okkulte Forschung

Sonnabend, 6. März.
findet im Saale der Harmonie,
Eberhardstr. ein

Vortrag

mit dem Thema:
= Der Spiritismus als =
unbekannte Naturwissenschaft
hat. [1321]
Eintritt frei. wolle willkommen.

Schweine-Versicherungs-Verein

auf „Gegenseitigkeit“
Bielefeld.
Am Sonntag, den 7. März,
morgens 9 1/2 Uhr: [1309]

General-Versammlung

im Lokale von C. S. Apendrin,
Verderferstr. 242.
Tagesordnung im Lokal:
Am zahlreiches und pünktliches
Erscheinen wird dringend erbeten.
Der Vorstand

Kleine Anzeigen-Ges.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in
der letzten Ueberschrift 10 Pfg.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Kleiderchränke

von 25 Mk. Beistellen 15 Mk.
Fische 5 Mk. an. Nur Lager, kein
Laden, daher billiger als jede Kon-
sumen. Beunruhigung 12 a, 2 Min.
vom Stadttheater. 949

Nur

och kurze Zeit, wegen Umzug, dauernd
der Totalausverkauf sämtlicher Schuh-
waren weit unter früherem realen
Wert. Nur Konfirmandenartikel er-
reicht extra Verbilligung. Deinr. Meyer,
Kellerstr. 26. 1305*

Speisefartoffeln.

Empfehle schöne mehliges Maismehl
von um sowie rote Vollkorn. Stroh
bei mehreren Sorten 1.75 Mark.
3. Zierfrüher, Siegfriedstr. 25,
Telephon 40*. 1256*

Halte

von geübten Bedienten von Siefer
und Umgehend mein Sarg-Maazin.
Sämtliche Bedarfsartikel bei Sterbe-
fällen, sowie meine modern aus-
gestatteten Leichen-Wagen befinden
sich bei Adolf Meyer, Siefer, bei
Schule III. 1361

Karren

schaffen zu allen Gelegenheiten am
billigsten bei Dahnwald, Rohre-
str. 32. — Nicht verkaufte Kar-
ren werden event. retour. 413

Saiten

für Geige, Zither, Mandoline sowie
Zubehörteile kaufen Sie am besten
bei A. Heuer, Uhrmacher, Reber-
wall 12. [1301]*

Herde,

Defen und Hausabwässerungsgegenstände
in großer Auswahl, auch bei Teil-
zahlungen, empfiehlt C. Bratemeier
Rohrestr. 72, gegenüber der
Schule. 570

Weder,

Taschenuhren, Uhrenten, Zimmer-
uhren beschaffen Sie ohne Kauf-
zwang und überzeugen sich, daß Sie
nur bei mir reell und am billigsten
kaufen. Adolf Heuer, Uhrmacher,
Reberwall 12. [1333]*

Seringe,

grüne, heute eintreffend, Pfund nur
15 Pfg. Kronstein, Viehstr. [1312]*

Stadttheater.

Sonnabend, den 6. März 1909,
abends 7 1/2 Uhr:
Vorstellung zu kleinen Preisen.
Zum letzten Male!

Alt-Heidelberg.

Sonntag, den 7. März 1909,
abends 7 Uhr:
Das grosse Licht.

Montag: Moral.

Dienstag, den 9. März 1909,
Benefiz Nacht Vorstellung: „Die
rote Kabe“.

Donnerstag:
Gastspiel Fräulein Grevenberg
— „Die fremde Frau“.

Trinkt Aha's Excelsior!

1113

Oeynhausen.

Sonntag, den 7. März 1909,
abends 8 Uhr,
im Schützenhof Oeynhausen.

Zweites Gastspiel
des **Leon Bernhardyschen**
Schau- und Lustspiel-En-
sembles aus Hannover:

Der Pariser Taugenichts

oder
Palast und Hütte.

Aufführung in 2 Abteilungen und
4 Aufzügen von G. Töpfer.

Spieleiter: **Dir. Bernhardy.**

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang Punkt
8 Uhr. 1260*

Wochenmarkts-Preise

in Bielefeld
am 5. März 1909.

Butter	per Pfd.	100—115
Rindfleisch	„	70—75
Schweinefleisch	„	75—85
Speck	„	80—85
Kalbsteck	„	70—80
Hammelfleisch	„	75—85
Gänsefleisch	„	—
Ferkel	„	65—70
Hähnchen	pr. Stück	—
zwiebeln	1/2 Kilo	18—20
Kartoffeln	„	20—30
Wurzeln, alte, pr. Bund	„	—
neue, „	„	6—8
Kartoffeln, neue, pr. 1 Pfd.	„	4—5
alte, „	„	—
Blumenkohl	pr. Stück	35—45
Kopfsalat	„	—
Karotten	„	25—40
Kartoffeln	„	25—40
Kirschen	„	20—35
Stachelbeeren	„	6—8
Kartoffeln	150 Pfund	525—600

Dankagung.

Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme bei der Krank-
heit sowie bei der Beerdigung
unserer lieben Entschlafenen
wir allen, insbesondere Herrn
Pastor Phillips für seine trost-
reichen Worte, sowie dem Ge-
sangverein „Bethania“ unsern
innigsten Dank. 1299*

Bielefeld, 2. März 1909.

Familie Wessel.

Nachruf.

Am Dienstag, morgens 9 Uhr, starb nach
kurzem Leiden unser Filial-Expedient in Enger,
der Genosse

Friedrich Rahkob

im Alter von 51 Jahren.

Sein aufrichtiger Charakter sichert ihm bei
uns ein bleibendes Andenken.

Buchdruckerei u. Buchhandlung „Volkswacht“,
Bielefeld.

A. Gerisch & Co.

Am Dienstag, den 2. d. M., vormittags 9 Uhr, verschied
sanft nach kurzem Leiden unser Kassierer und Filial-Expedient

Friedrich Rahkob

im Alter von 51 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Sozialdem. Vereins Herford-Halle
Ortsgruppe Enger.

Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittag 1 Uhr
vom Trauerhause aus statt. [1317]

Lehrmädchen

für Aussteuer-Näherin gesucht. Nord-
str. 14. 1277*

Bettstelle

mit Polster, fast neu, billig zu ver-
kaufen. Stadttheaterstr. 44. 1259*

Nähmaschine,

quers. Singer, für Einzüge, gut er-
halten, billig zu verkaufen. Eduard-
Windthorststr. 12a. [1293]*

Mittagstisch,

guten bürgerlichen, und Abendbrot
empfehlen Frau Kums, Detmold,
Krummstr. 11. [1074]

Wohnung,

drei Räume abgeschossen, umfände-
halber zum 1. April zu vermieten.
Eduard-Windthorststr. 12a. [1295]*

Wohnung

von 3 Räumen zum 1. April zu
vermieten. Reberstr. 62. [1298]*

Kost und Logis.

Einfach möblierte Zimmer für
2 anständige junge Leute frei. Die
Exposition sagt wo? 1255*

Betten

in nur bester Qualität

liefern zu den

billigsten Preisen

Gebr. Gottschalk,

Bielefeld, Niedernstr. 29/31.

Bitte lesen,



ausschneiden

und in Zahlung geben!

Bei jedem Paar

Konfirmanden-Stiefel

nehmen wir obiges 50 Pfg.-Stück in Zahlung.

Neue Formen.

Grosse Auswahl.

Haupt-Preislagen:

6⁵⁰

8⁵⁰

10⁵⁰

Schuh-Palast

Zuckerberg,

32 Niedernstrasse 32.

1307

Betten

in

bester

Ausführung

kaufe man

direkt

im

Engros-Hause

von

F.

1281

Mertens.

Käse!

la. Schweizer	geloht, festig	69—115
feinster vollfetter Gouda	per Pfd.	95
la. Holländer	per Pfund	69
la. Tilsiter	per Pfund	85
la. Edamer	per Pfund	75
la. Allg. Limburger	vorz. Qual.	43
Gräuterkäse	per Pfund	10
fr. Harzer	4 Stück	10
frischer Schellfisch	2 Pfund	25

Heinr. Hill,

Bielefeld:

Niederwall 5, Arndtstr. 43, Reichspoststr. 10.

Brackwede: Kaiserstrasse 58. 1316

Herford.

1296

Unseren lieben, teuren Eltern
Heinrich Püster u. Frau geb. Frenzel
zu ihrer am Sonnabend, 6. März, stattfindenden
Silbernen Hochzeit
die herzlichsten Glückwünsche!
Die dankbaren Kinder u. Schwiegersohn.

Unserem Verbandskollegen

Heinrich Püster
zur silbernen Hochzeit
die herzlichsten Glückwünsche!

Die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Vorbandes.
Zahlstelle Herford. 1297



Vertreter: Ad. Fischer, Bielefeld.

Frauen!

Diese Woche wieder
gutes Rindfleisch
Pfund 60 Pfg.
Kalb- u. Schweinefleisch
zu billigen Preisen.

Verschiedene Wurst-
waren und Aufschnitt
empfehlen

Fritz Ellenbeck,
Meistermeister,
Herford

Alteherstr. 24. Telefon 417.

Billigste Bielefelder Bezugsquelle für Gelegenheitskäufe.

Bahnhofstr. 13.

Bahnhofstr. 13.

Neu eingetroffen!

Sensationell billig!

Posten hochelegante

Aparte

Mädchen-Blusen

Kostüm-Stoffe

Backfisch-Blusen

Kleider-Stoffe

Damen-Blusen

Blusen-Stoffe

Satin

Futter-Stoffe

Diese Partie

enthält nur allerbeste Quali-
täten und sind die Preise
bis zu 1/4 des Wertes er-
mässigt.

Bielefelder Karneval-Verein „Helau“

Gegründet 1900.

Sonnabend, den 6. März 1909,
findet in den hochwürdig dekorierten Lokalitäten
des Herrn C. Richter, hierseits, unser diesjähriger

Grosser Gala-Preis-Maskenball

22 Vereinspreise 24 Preise! 2 Ehrenpreise
befinden sich im Schaufenster des Schuhgeschäfts **Hansa-Schuh**, Niedern-
strasse 26. — Masken, welche auf einen Preis reflektieren, müssen bis 10 Uhr im Saale erschienen sein.
Vorstandsmitglieder sowie deren Damen erhalten keinen Preis.
Anfang 8 Uhr 29 1/2 Min. Beginn des hohen Rates 9 Uhr 45 Min. 1192
Prämierung 10 Uhr 1 Min. Prämierung 11 Uhr 45 Min.
Im Vorverkauf: Herren 1.25, Damen 0.75 Mk. An der Kasse: Herren 1.50, Damen 1.00 Mk.
NB. Ab Freitag, den 5. März, ist es Freunden und Gönnern des Vereins gestattet, die hochwürdig
dekorierten Lokalitäten unentgeltlich zu besichtigen.
Es ladet hierzu freundlichst ein

Der XI. Rat.

Minden: **Tapeten- Bielefeld:**
Bäckerstr. 15 **Eggers** Rathausstr. 7



Tapeten	von 7
Goldtapeten	von 13
Salontapeten	von 30
Fond Ingrain	von 35
abwaschb. Küchentapeten	von 30
Lincrusta-Imitation . . .	von 1.60
Borden	per Meter von 2
Borden 15-23 cm, per Meter	von 5

Der Wegweiser!

zeigt Ihnen, wo Sie beim Einkauf von

Tapeten und Borden

viel Geld sparen!

Aug. Eggers,

Rathausstrasse 7.

Filiale: **Minden i. Westf.,** Bäckerstr. 15.

Hochzeits-Einladungen fertigt schnell und sauber an
Buchdruckerei „Volkswacht“.

Nr. 54.

Deutsche

219. Sitzung vom Don-
Am Bundesrat: R.
Auf der Tagesordnung:
Staats der Postver-
ersten Beratung des Entw-
sprechgebührenordn-
Abg. Dr. Dröschner (lo-
volles Vertrauen. Unse-
besten der Welt. Sie solle
leiden. Die neue Fernspre-
nen unsere Zustimmung. R.
Symnus auf den Staatssekr.
Abg. Singer (Soz.):
williger Postkommissar aufge-
Das ist keine Sache. Aber
jungen Kreise, die durch Han-
der Postverwaltung kommen.
Herrn Kräfte und seinem
es die Herr v. Stephan hat
den Anforderungen des Ver-
Herr Kräfte hat damit ange-
Er hat auf Handel und Ver-
nommen. (Sehr richtig! bei
doch nicht am unnötigen Or-
nennendige Zahl der Beam-
über die Auffassung, daß an
viel Beamte vorhanden sind
lebhaft Zustimmung bei de-
einrichten.
Man hat nur deshalb ei-
beamten geschaffen, um über-
geben zu können. Es hat
auf 4 bis 5 Beamte immer
hört! links.) Diese Erfahrung
Augen. Aus Düsseldorf wir
Aufficht Unregelmäßigkeiten
von den vielen Aufsichtsbear-
Aufficht in dem betreffenden
leit und hört, hört! links.)
amt wird mir gemeldet, daß
seine Arbeit regelmäßig dem
übrigen Beamten einen S-
bei den Soz.) Auch aus Bra-
zahl der Aufsichtsbearbeiter
Der Vorredner hat seine
Arbeitszeit zum Ausdruck
wird aber gemeldet, daß im
Umständen wöchentlich 67 1/2
(hört, hört! bei den Soz.)
die Arbeitszeit ist überhau-
Verhältnisse wenig geeignet.
offenbar ein geistiger Her-
es besteht dort folgende wen-
ante und jede Beamtin mü-
Zeit verlassen wollen, diese
gabe des Grundes mitteilen
tigi sind, sollte man doch be-
richtig! Von einer Reihe
der Urlaub dadurch entwertet
des Urlaubs liegen blieb, in
Angelegenheit eines solchen Ver-
durch Urlauberteilung eine
(Sehr richtig! links.)
Die Unterbeamten haben
Ankündigung der Postvertrauen
kommt. Heute sind sie davon
Auf die Besoldungsfrage
solangevorlage eingeben. S-
der Postboten auf den Ag-
niedrig sind. (Sehr richtig!
anderen Mitgliedern: Neben
Landesfürsten will ich jetzt
hellen Nobel ist es jedenfalls
Privileg in Anspruch nehme

Olivier

Von Cha-
Aus dem Englischen

66
Der Kampf war jedoch
können. Siles hatte seinen
ihm das Anie auf die Nel-
Wiene emporröh und nach de-
Pachter auf der Straße um
der nächsten Brücke her wur-
treten vernommen, wie wer
überkäme, unter welcher sich
dann man hörte deutlich das
unebenen Steinpflaster. Es
Anzahl immer größer, und
geklöpft, während ein heile
Stimmen auch wohl den W-
„Hilfe, in Hilfe!“ schrie
Tone. „Hier ist er, hier ist
In des Königs Name
wiederum erhob sich, nur le-
„Schlagt die Tür ein!“
nimmermehr. Schlägt die
Licht ist!“
Ein lautes Guffa ertönte
und abermals hundert Stöße
luden gedämmert wurde.
„Macht mir das Loch da
Galgenstrick einschließen ta-
den Anaben in ein Gemach
schloß es. Ist die Tür ur-
„Verschloffen und doppel-
Gradit, der gleich den ander-
danken lassen zu können sch-
„Wie ist's mit den Wä-
weiter.
„Verwahrt wie ein Gefä-
Jetzt offnete Siles das
„Seid alle verdammte! M-
Ihr belohnt mich doch nicht
Erdhütterndes Gesehrei
Einige riefen, man möge die
geleitener möchten den Wä-
eine solche unnütze Wut,
frang, sich durch die Weng-
Wasser teilte, und dicht vor
darm überlappenden Stimm-
Weiter bringt.“
Und nunmehr riefen S-

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 54.

Bielefeld, Freitag, 5. März 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

219. Sitzung vom Donnerstag, 4. März, nachm. 2 Uhr.
Am Bundesrat: Kräfte.
Auf der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Etats der Postverwaltung in Verbindung mit der ersten Beratung des Entwurfs einer neuen Fernsprechnetzordnung.

Abg. Dr. Dröschner (son.): Wir haben zum Staatssekretär volles Vertrauen. Unsere postpolitischen Einrichtungen sind die besten der Welt. Sie sollen unter falscher Sparamkeit nicht leiden. Die neue Fernsprechnetzordnung hat im allgemeinen unsere Zustimmung. Redner schließt mit einem nochmaligen Hymnus auf den Staatssekretär. (Bravo! rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Herr Dröschner ist hier als freiwilliger Postkommissar aufgetreten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist keine Sache. Aber seine Meinung ist nicht die derjenigen Kräfte, die durch Handel und Verkehr in Verbindung mit der Postverwaltung kommen. Wenn es eine Nechtschickel zwischen Herrn Kräfte und seinem Vorgänger Stephan gibt, so ist es die: Herr v. Stephan hat in den letzten Jahren seines Amtes den Anforderungen des Verkehrs nicht mehr Rechnung getragen. Herr Kräfte hat damit angefangen, womit Stephan aufhörte: Er hat auf Handel und Verkehr niemals die nötige Rücksicht genommen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch ich bin der Ansicht, daß nicht am unnötigen Ort gepostet werden soll, und daß die notwendige Zahl der Beamten vorhanden sein muß. Ich habe aber die Auffassung, daß auf bestimmten Gebieten tatsächlich zu viel Beamte vorhanden sind, nämlich zu viele Aufsichtsbeamte. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Hier läßt sich eine Reform einführen.

Man hat nur deshalb eine so große Anzahl von Aufsichtsbeamten geschaffen, um überhaupt höher besoldete Stellen vergeben zu können. Es hat sich der Brauch herausgebildet, daß auf 4 bis 5 Beamte immer ein Aufsichtsbeamter kommt. (Hört, hört! links.) Diese Erfahrungen bringen aber keinen wesentlichen Nutzen. Aus Düsseldorf wird z. B. berichtet, daß die vermehrte Aufsicht Unregelmäßigkeiten deshalb nicht entdeckt, weil jeder von den vielen Aufsichtsbeamten glaubte, der andere würde die Aufsicht in dem betreffenden Fall ausgeführt haben. (Seiter! links.) Vom Berliner Haupttelegraphenamt wird mitgeteilt, daß jeder Abteilungs- und Aufsichtsbeamte seine Arbeit regelmäßig damit beginnt, sich aus den Reihen der übrigen Beamten einen Stellvertreter zu suchen. (Seiter! links.) Auch aus Frankfurt a. Main wird über die große Zahl der Aufsichtsbeamten gemeldet.

Der Vorredner hat seine Verdringung über die herabgesetzte Arbeitszeit zum Ausdruck gebracht. Aus Frankfurt a. Main wird aber gemeldet, daß im dortigen Haupttelegraphenamt unter Umständen wöchentlich 67½ Stunden gearbeitet werden muß. (Hört, hört! bei den Soz.) Die uns vorgelegte Statistik über die Arbeitszeit ist überhaupt zur Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse wenig geeignet. Es herrscht in Frankfurt a. M. offenbar ein gesteigertes Interesse. Es handelt sich um Geldstrafen, und es besteht dort folgende wenig appetitliche Vorschrift: Jeder Beamte und jede Beamtin müssen, wenn sie den Dienst für kurze Zeit verlassen wollen, dieses dem Aufsichtsbeamten unter Angabe des Grundes mitteilen. (Seiter! links.) Wo Damen befristet sind, sollte man doch beratige Fragen nicht stellen. (Sehr richtig!) Von einer Reihe anderer Ämter wird mitgeteilt, daß der Urlaub dadurch entwertet wird, daß die Arbeit, die während des Urlaubs liegen blieb, in der anderen Zeit nachgeholt wird. Angesichts eines solchen Verfahrens darf man sich nicht rühmen, durch Urlauberteilung eine große soziale Fürsorge zu betätigen. (Sehr richtig! links.)

Die Unterbeamten haben den dringenden Wunsch, daß das Institut der Postvertrauenssätze auch ihren Familien zugute kommt. Heute sind sie davon ausgeschlossen.

Auf die Besoldungsfrage werden wir bei Beratung der Besoldungsvorlage eingehen. Heute nur soviel, daß die Tagelöhner der Postboten auf den Agenturen, die 2 Mark betragen, zu niedrig sind. (Sehr richtig! links.) Ich werde mich zu einigen anderen Mängeln äußern: Ueber die Portofreiheit der deutschen Landesfürsten will ich jetzt keine weiteren Betrachtungen anstellen. Wohl ist es jedenfalls nicht, daß die Landesfürsten dieses Privileg in Anspruch nehmen trotz ihres hohen Einkommens.

zumal in einer Zeit, wo das Volk neu belastet werden soll. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ganz anders aber wird die Sache noch, wenn diese Herren das persönliche Vorrecht für ihren geschäftlichen Verkehr in Anspruch nehmen. Wie kommt der Landesfürst dazu, für Personen, denen er bestimmte Geschäftszweige verpachtet hat, von dem Privileg der Portofreiheit Gebrauch zu machen? Kögen derartige Fälle aus anderen Kreisen vor und kämen vor ein bürgerliches Gericht, so würde dies wohl einen Maßstab anlegen, der den Fürsten nicht schmeichelt sein dürfte. Die Meierei des Großherzogs von Oldenburg liefert z. B. täglich unzählige Butterpakete, die portofrei befördert werden. Die Einladungen, welche die Jagdpächter an ihre Freunde erlassen, werden ebenfalls als großherzogliche Angelegenheiten portofrei befördert. (Hört, hört! bei den Soz.) Sogar die Verichtungen, die Herr Bothe Ebbardt, der Hofmarschall der Hohenzollern, an die Zeitungen schickt, die ihm seine Fertiger vorgehalten hatten, wurden portofrei als kaiserliche Angelegenheit verschickt. (Lebhafte Zustimmung.) Man könnte diese Fälle noch unzählig vermehren. Der Antrag hat einen derartigen Umfang angenommen, daß der Staatssekretär verspricht ist, damit aufzuräumen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Ein für die soziale Fürsorge bezeichnender Mißstand ist noch sehr erwähnenswert. In Polen werden schulpflichtige Kinder in der Paletanne besoldet. (Hört, hört! bei den Soz.) Der polnische Polizeipräsident gab auf Verweise die Tatsache zu, bestreite aber, daß ein Verstoß gegen das Kinderzuschußgesetz vorliege. Da die betreffenden Kinder solche von Postbeamten sind, zeigt das, daß diese Beamten völlig unzureichende Gehälter beziehen. Gegen diesen Mißbrauch sollten alle ernsthaften Sozialpolitiker ohne Unterschied der Parteirichtung energisch protestieren. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die oft gerügte Einflußnahme der Postverwaltung auf die politische Betätigung der Postbeamten dauert noch immer fort. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dem gegenüber sei mit aller Kürze aber mit aller Entschiedenheit betont, daß die Postverwaltung sich um die außerordentliche Betätigung ihrer Beamten nicht zu kümmern hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Oberpostdirektion in Kiel hat sogar der Stimmenabgabe der Beamten nachgeholfen, als bei der Kieler Stadtverordnetenwahl die sozialdemokratische Partei siegte. (Stürmische Zustimmung bei den Soz.) Ich frage den Staatssekretär, ob er das billigt. Derartige ist freilich und unverzeihlich. (Stürmische Zustimmung bei den Soz.)

Das Postabkommen mit Amerika findet unsere Anerkennung. Wir freuen uns über die Portofreibiligung und wünschen, daß auch im Zulande der gleiche Weg beschritten wird. Da hat aber der Staatssekretär keinen Verbilligungsseifer gezeigt. (Sehr richtig! links.)

Nun zur Telefonreform. Ich kann nur sagen, sie bringt nicht den Geist zum Ausdruck, der einem Verkehrsministerium entspricht. Der Staatssekretär sagt einfach, ich habe ein Monopol, ich bestimme die Preise. Das ist nicht der Standpunkt eines weitsichtigen Verkehrsministers. (Sehr richtig! links.) Die Vorlage, anstatt auf die Bedingung des Verkehrs abzugeben, ist von echt bürokratischem Geiste diktiert. Gewiß, das Telefon muß auch dem platten Lande zugute kommen. Es hat ein Recht auf die Segnungen dieser Erfindung. Aber das darf nicht auf Kosten der Großstädte, sondern nur auf Kosten der Allgemeinheit geschehen. (Sehr richtig! links.) Wenn zur Befriedigung der Bedürfnisse auf dem platten Lande Reichsgeldschüsse notwendig wären, so würden wir sie zu allererst bewilligen, vorausgesetzt, daß wir nur die Quellen billigen können, aus denen sie gedeckt werden.

Wir sind es aber schon gewohnt, daß alles, was unter der Bezeichnung der Reform von der Postverwaltung an uns herantritt, nichts anderes ist, als eine Verneuerung des Verkehrs, und daß jede Reform eine Liebesgabe an die Agrarier ist. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.)

Es muß ein anderer Weg gefunden werden, als die Vorlage ihn beschuldigt. Vielleicht könnte man die Lösung in der Weise herbeiführen, daß man die Gebühr für das Einzelgespräch herabsetzt, wenn die Zahl der überhaupt geführten Gespräche eine gewisse Höhe überschreitet. Vielleicht kann man diesen Gedanken ausbauen. Für gangbarer halten wir den anderen Weg der Erhebung eines Zuschlages zu der Baukostengebühr, wenn eine gewisse Zahl von Gesprächen, sagen wir 5000 im Jahr, überschritten wird. Wenn man mit diesem Willen in der Kommission an die Arbeit geht, so müßte doch etwas Brauchbares

herauskommen. Das hängt aber natürlich davon ab, inwieweit die Regierung und die Parteien Verständnis für die Bedürfnisse von Handel und Verkehr zeigen werden. Wir wollen es an unserer Mithilfe nicht fehlen lassen. (Lebte, Beifall bei den Soz.) Staatssekretär Kräfte bestritt unter dem Beifall der Rechten, daß die neuen Gebühren eine Liebesgabe für das platte Land bedeuten. Das Telefon muß mehr einbringen. — Die Kieler Postdirektion hat nicht der geheimen Stimmabgabe der Beamten nachgeholfen, sondern sich nur erkundigt, ob die Beamten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Bei der Portofreiheit der Fürsten handelt es sich nicht um materielle Vorteile, sondern um ideelle Rechte. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Von der Verwendung von Schulkindern im polnischen Postamt ist mir nichts bekannt. — Wir haben in der Post nicht zu viel Aufsichtsbeamte.

Abg. Wed. Heidelberg (natl.) lobt die Postverwaltung wegen ihrer Sozialpolitik; bezeichnet einige Abstriche der Kommission als zu weitgehend, wünscht Verbilligung der Sendungen an Blinde, bezeichnet die neue Telephongebührenordnung einen weiten Interessenausgleich und bestritt, daß sie irgendwie agrarisch sei. Einzelheiten sind in der Kommission zu prüfen. Als öffentliche Institution darf sich die Post nicht immer ausschließlich von Rentabilitätsberechnungen leiten lassen. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Dr. Doormann (Fr. Vp.): Die Vorwürfe, welche gegen die neue Gebührenordnung erhoben sind, halte ich mit dem größten Teil meiner Freunde nicht für berechtigt. Man sagt, der Grundlag von Leistung und Gegenleistung werde nicht durchgeführt. Aber auf die Spitze getrieben muß jeder Grundlag zu einem vollständigen Uninn werden. Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß bei der vorgeschlagenen Ordnung in einzelnen Fällen eine starke Verteuerung eintreten kann. Wir werden in der Kommission versuchen, die größten Härten zu beseitigen. (Bravo! bei den Fr.)

Abg. Schmidt-Altenburg (Np.): Auch meine Freunde erkennen die Grundzüge der Vorlage als berechtigt an. Wie man die Vorlage als agrarisch bezeichnen kann, verstehe ich nicht. (Sehr richtig! rechts.) Es ist nur gerechtfertigt, das Prinzip der Bezahlung der einzelnen Gespräche in den Vordergrund zu stellen. (Bravo! rechts.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr. Schluß 6¼ Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

„Jahrbuch 1908 des Verbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands.“ In statistischem Umfang von 456 Druckseiten erscheint in diesem Jahrbuch der Gewerkschaftsbericht obiger Gewerkschaft für das Jahr 1908. Aus demselben ist ersichtlich, daß trotz der Wirtschaftskrise, die außerordentlich große Arbeitslosigkeit auch in den Berufen zur Folge hatte, über welche sich der Verband erstreckt, der Verband der Bäcker und Konditoren das Jahr 1908 gut abgeschlossen hat. Am Beginn des Jahres 1908 zählte derselbe 16 014 männliche und 1289 weibliche Mitglieder, dagegen am Jahresabschluß 17 328 männliche und 1458 weibliche, zusammen 18 786 Mitglieder, oder im Jahresdurchschnitt 18 092 Mitglieder.

Eine Erhebung über die Berufsangehörigkeit der Mitglieder ergab, daß 80,4 Prozent gelernte Bäcker, 6 Prozent gelernte Konditoren, 4,3 Prozent ungelernete Hilfsarbeiter, 8,7 Prozent Arbeiterinnen und 0,6 Prozent Lehrlinge in Bäckereien und Konditoreien sind. — Die gesamte Jahreseinnahme der Organisation betrug 508 937,86 M., die Ausgabe 343 184,45 M., so daß ein Vermögen der Organisation von 165 753,41 M. am Jahresabschluß vorhanden war. Von den Ausgaben entfallen allein 35,8 Prozent auf die verschiedenen Unterfützungsweige der Organisation, ein Zeichen, daß auch unter den Mitgliedern dieses Verbandes Arbeitslosigkeit und Krankheit in großem Maße vorhanden waren. — Dem Jahrbuch ist eine im November des Jahres 1908 veranstaltete statistische Erhebung einverleibt, die sich auf 916 Verbandsorte, in denen es 29 975 Bäckereien mit 57 888 Hilfskräften gibt, erstreckt. Von diesen Hilfskräften in Bäckereien sind 36 365 Bäcker, 1886 Konditoren, 4392 ungelernete Hilfsarbeiter und 15 245 Lehrlinge. Die Lehrlingszahl ist im Bäckergewerbe noch eine überaus große, wobei noch zu bemerken ist, daß diese Erhebung die eigentlichen Herde der Lehrlingszählerei im Deutschen Reichs, wie in Sachsen und Thüringen gar nicht erfasst. Durch diese große Zahl der Lehrlinge wird

aus. „Die Augen — da sind sie wieder!“ rief er mit hohler Grabestimme, wankte, wie von einem Blitzstrahl getroffen, verlor das Gleichgewicht und taumelte vom Dache herunter; die Schlinge war an seinem Hals, und seine Schwere bewirkte, daß sie straff wie eine Bogenschnur und schnell wie ein Pfeil hinauflief. Er fiel fünfunddreißig Fuß — ein plötzlicher Ruck — ein trampelhaftes Gliederzucken — und da hing er mit dem offenen Messer in der zusammengepreßten Faust verendenen Hand.

Der alte Schorstein bebte von der Erschütterung, hielt sie jedoch aus. Der entseelte Mörder schwebte hin und wieder; Charles, dem er die Aussicht verperrte, stieß ihn zur Seite und rief, daß man seiner Gefangenhaft ein Ende machen möchte; der Hund lief mit schredlichem Geheule auf dem Dache hin und her und sprang endlich hinunter auf die Schulter des Erhängten, vermochte sich aber nicht festzuhalten, hüpfte und lag gleichfalls darauf tot da, denn er war mit dem Kopfe gegen einen spitzen Stein gefallen.

Einundfünfzigstes Kapitel.

Enthüllung mehr als eines Geheimnisses und ein Heiratsantrag ohne Erwähnung eines Leibesbegriffs oder Nadelgebisses.

Zwei Tage nach den im vorigen Kapitel erzählten Ereignissen befanden sich Mrs. Maylie und Rose, Oliver und der gute Doktor, Mr. Brownlow und Mrs. Bedwin und noch jemand auf der Reise nach Olivers Geburtsstadt. Oliver vermochte nur schwer seine Gedanken zu sammeln, und den übrigen erging es keineswegs besser. Brownlow hatte ihn und die beiden Damen mit den Monats abgepreßten Aussagen genau bekannt gemacht; und obwohl sie wußten, daß der Zweck ihrer Reise in der Vollendung des so glücklich angefangenen Werkes bestand, so war doch die ganze Sache noch in ein so beträchtliches Dunkel gehüllt, daß die größte Spannung sie folterte, obgleich Brownlow und Rosberne die Schredensaufrichte der letzten Tage für jetzt noch verborgen vor ihnen gehalten hatten; und so saßen sie denn ihre Reise schweigend miteinander fort.

Sie gelangten währenddessen auf die Straße, auf welcher Oliver einst entflohen war, und mit Lebhaftigkeit erneuerte sich ihm die Erinnerung an jene Leidenszeit. „Sehen Sie, da, da!“ rief er in der höchsten Erregtheit, Roses Hand ergreifend und aus dem Wagenfenster hinauszeigend. „Das ist der Steg, über den ich hinüberprang, und das ist die Gasse, hinter welcher ich fortlief, und das ist der Fußpfad, der nach dem Hause führt, wo ich mich als kleines Kind aufhielt. O Dad, mein lieber Dad, wenn ich dich doch jetzt auch sehen könnte!“

Du wirst ihn bald sehen,“ sagte Rose; „sollst ihm sagen, wie glücklich du geworden bist und wie dich nichts so sehr freut, als daß du gekommen seiest, um ihn an deinem Glücke teilnehmen zu lassen.“

„Ja, ja! Und wir wollen ihn mit uns fortnehmen, ihn küssen, und er muß an einem guten Ort, wo er stark und gesund werden kann — nicht wahr?“

Oliver Twist.

Von Charles Dickens.

Aus dem Englischen von Julius Seydt.

Der Kampf war jedoch zu ungleich, um lange währen zu können. Siles hatte seinen Gegner unter sich gebracht und setzte ihm das Knie auf die Kehle, als ihn Cradit mit bestürzter Miene emporriß und nach dem Fenster hinwies. Es schimmerten Lichter auf der Straße unten, eifrige Stimmen erklangen, von der nächsten Brücke her wurde der unaufhörliche Schall von Fußritten vernommen, wie wenn eine zahllose Menschenmenge herüberkäme, unter welcher sich ein Verirrter zu befinden schien, denn man hörte deutlich das Geräusch von Hufeisen auf dem unebenen Steinpflaster. Es wurde immer heller, der Rabenden Anzahl immer größer, und endlich wurde laut an die Haustür geklopft, während ein heiseres Gemurmel unzähliger jorziger Stimmen aus wohl den Wehrgestirnen mit Beben erfüllte.

„Hilfe, zu Hilfe!“ schrie der Anabe im durchdringendsten Tone. „Hier ist er, hier ist er! Brecht die Tür auf!“

„In des Königs Namen!“ wurde draußen gerufen, und wiederum erhob sich, nur lauter, das jorzige Gemurmel.

„Schlagt die Tür ein!“ schrie Charles. „Sie öffnen sie nimmermehr. Schlagt die Tür ein und dann herauf, wo das Licht ist!“

Ein lautes Rauschen ertönte, und es war, als wenn mit hundert und abermal hundert Knütteln und Stangen gegen die Fensterläden geschmettert würde.

„Macht mir das Loch da auf, daß ich diesen verfluchten kleinen Galgenstrick einschleichen kann,“ rief Siles wütend, schleuderte den Anabe in ein Gemach hinein, das Toby öffnete, und verschloß es. „Ist die Tür unten gut verwahrt?“

„Verschlossen und doppelt und dreifach verriegelt,“ erwiderte Cradit, der gleich den anderen beiden taum eine deutlichen Gedanken fassen zu können schien.

„Wie ist's mit den Wänden und Fenstern?“ fragte Siles weiter.

„Verwahrt wie ein Gefängnis.“

Jetzt schaute Siles das Fenster und rief tropig hinunter: „Seht alle verdammte! Macht eure Sachen, so gut ihr könnt, ihr belümmelt mich doch nicht!“

Gewalttätiges Getöse der wütenden Menge erfüllte die Luft. Einige riefen, man möge das Haus anzünden, andere, die Polizeidiener möchten den Mörder todschießen, und niemand zeigte eine solche unfinnige Mut, wie der Ketzer, der aus dem Saal sprang, sich durch die Menge hindurchdrängte, als wenn er nur Wasser teilte, und dicht vor dem Hause mit einer den gräßlichen Lärm überbäuhenden Stimme rief: „Zwanzig Guineen, wer eine Leiter bringt.“

Und nunmehr riefen Hunderte nach Leitern und Schmie-

hämmern, andere rannten mit Radeln hin und her, und noch andere stießen Flüche und Vermuthungen aus, drängten wie talend gegen die Tür oder versuchten an dem Hause emporzuklimmen.

„Es war Flutzeit, als ich kam,“ rief Siles, das Fenster wieder verschließend. „Gebt mir nen Strick. Sie sind alle vorn. Ich kann mich hinten in den Graben unterlassen und entkommen.“

„nen Strick — hurtig — oder ich tue noch drei Wordiaten und mache mir dann selber den Garaus.“

Die drei von dem Schreden Gefährten wichen nach einem Winkel hin, in welchem Stride lagen. Siles wählte hastig den stärksten und längsten aus, eilte hinauf und befestigte das Dach.

Der eingekerkerte Anabe hatte unterdes nicht aufgehört zu schreien und zu rufen, man möge das Haus von allen Seiten bewachen. Als der Mörder daher aus der Dachlücke heraustrat, wurde er sogleich bemerkt, da Hunderte bereits Wege gesucht hatten, um nach dem Hinterhause zu gelangen. Die Erbe war eingetreten, und er sah, daß der Graben nur mit Schlamm gefüllt war. Die Fenster und Türen aller Hinterhäuser umher waren bereits lebendig, um von oben und unten und allen Seiten ertönte Trümpfgeschrei, daß er nicht entkommen könne.

„Nun haben sie ihn, hurra!“ schrie ein Mann auf der nächsten, unter der Menschenwand sich beugenden Brücke, und ein lautes Schreien durch die Luft wieder.

„Ich gelobe demjenigen fünfzig Pfund,“ rief ein alter, gleichfalls auf der Brücke stehender Herr, „der ihn lebendig greift. Ich will hier bleiben und zahle die Summe auf der Stelle.“

Ein abermaliges allgemeines Geschrei ertönte, in das sich der Ruf mischte, die Tür sei endlich erbrochen; der Menschenstrom flutete nun wieder zu dieser zurück, denn jeder wollte den Mörder von den Polizeibeamten heransbringen sehen. Es entstand das fürchterliche Gedränge, und das Dach wurde für den Augenblick weniger beachtet.

Der Mörder, der bereits verweifelnd, unglücklich dagelegen hatte, schaute jetzt wieder Hoffnung und Beschloß, den letzten Rettungsversuch zu wagen und sich auf die Gefahr, im Schlamm zu ertrinken, in den Graben hinabzulassen, um womöglich mit Hilfe der Dunkelheit und Vermirung zu entfliehen. Die Hoffnung gab ihm neue Kraft, der sich ihm nähernde Lärm im Hause stachelte ihn noch mehr an, er sprang auf, erreichte in zwei Augenblicken den Schornstein, befestigte das eine Ende seines Strides an demselben und hatte im Nu an dem anderen eine starke Lanfischline geknüpft. Er konnte sich mit dem Stride fast bis auf Wannenlänge hinunterlassen und nahm sein Messer zur Hand, um ihn zur rechten Zeit abzuschneiden und sich in den Graben zu werfen.

In demselben Augenblicke, als er die Schlinge über den Kopf warf, um sie unter den Armen zu befestigen, und indem der erwähnte alte Herr laut rief, der Mörder sei im Begriff, sich hinunterzulassen, blickte er hinter sich, schloß die Hände über dem Kopfe zusammen und stieß einen lauten Schrei des Entsetzens

weil er in der Nachlässigkeit

lfg. Die Heilwirkung des Eisens bei Blutarmut. Von jeher hat bei den Aerzten die Frage nach der Wirkung des Eisens bei der Blutarmut und Bleichsucht großes Interesse erregt, und

Gegen die Beamtenkonsumvereine wendet sich folgende Petition der deutschen Mittelstandsvereinigung für Handel und Gewerbe an das preussische Abgeordnetenhaus:

Seeben erschien: **Gemeinde und Alkohol.** Von E. Mehlisch.
Stettin. 1. bis 5. Tausend. 52 Seiten 8°. Preis 25 Pfg. In
besserer Ausstattung 1 Mk. Verlag: Deutscher Arbeiter-Ab-
theilungsbund. 1905.

Amt Enger. Beim hiesigen Standesamt wurden vom 19. bis 25. Februar angezeigt:
Geburten: Söhne: Maurer Wilhelm Hönerhoff, Enger;

Männer-Gesangverein „Freie Stunde“ 9 Uhr bei Sewing, Bürgerweg 93.

lg. Berlin, 5. März.
Ansehen, als ob das Inter-
der Steuerfragen sich ledig-
auf Einföhrung

Der Branntweinsteuer

Wagner, durch Hohngelächter, weil er in der Nachlässigkeit